

Wortlautprotokoll des Grossen Rats des Kantons Graubündens

Montag, 12. Juni 2023

Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Tarzisius Caviezel / Standesvizepräsident Franz Sepp Caluori
Protokoll:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder entschuldigt: Koch
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Standespräsident Caviezel: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Vielen Dank. Darf ich Sie auch um etwas Ruhe bitten? Ich möchte, bevor wir mit der Session beginnen, dem Gemeindepräsidenten von Klosters, Hansueli Roth, das Wort erteilen zur Vorstellung der Gemeinde Klosters. Bitte, Herr Gemeindepräsident.

Begrüssung durch Gemeindepräsident Hansueli Roth

Gemeindepräsident Roth: Herzlich willkommen hier in Klosters. Es ist für uns eine grosse Freude und Ehre zugleich, Sie hier in unserer wunderbaren Gemeinde empfangen zu dürfen zu dieser Landsession. Wir sind wirklich stolz und fühlen uns geehrt, dass Sie unseren Standort gewählt haben. Zwei, drei Worte zu unserer Gemeinde: Ich möchte Sie nicht mit Zahlen langweilen. Einfach ganz kurz: Wir haben acht Fraktionen von Saas bis Monbiel und Einwohner sind wir im Normalfall 4700. Die Fläche ist sehr gross, mit zirka 220 Quadratkilometern gehören wir zu den grösseren Gemeinden und haben auch einen riesigen Zweitwohnungsanteil mit über 60 Prozent. Die Infrastruktur in unserer Gemeinde ist gebaut für über 15 000 Personen. Es kommt nicht selten vor, dass wir 20 000 Personen beherbergen in Spitzenzeiten. Das führt denn auch dazu, dass wir an und für sich rein vom Gebäudeschätzwert die viertgrösste Gemeinde im Kanton wären, in Bezug auf Einwohner natürlich nicht.

Sie haben das sicher auch mitbekommen letztes Jahr: Wir durften 800 Jahre Klosters feiern und wir waren stolz, dass wir das feiern durften. Unter dem Titel Walserstolz und Weltgeschichten durften wir wunderbare Anlässe durchführen. Ich denke, es waren über 40 grössere und kleinere Anlässe, über das ganze Jahr verteilt, die wir durchführen konnten. Ich möchte hier nochmals der Regierung vor allem danken für die Unterstützung, aber auch allen Besuchern. Wir hatten sehr viele Politiker, die zu Besuch kamen. Klosters, das sich

vom beschaulichen Bauerndorf zum bekannten Tourismusort entwickelt hat. Eine interessante Geschichte. Ich erlaube mir jetzt, einen Kurzfilm zu zeigen, einen Kurzfilm über Leben und Arbeiten in Klosters. Er ist frisch rausgekommen und wir werden ihn demnächst auf die Homepage tun, auch mit anderen Filmen.

Filmische Darbietung

Gemeindepräsident Roth: Ich möchte die Gelegenheit noch nutzen, um Sie über zwei, drei Projekte ein bisschen zu informieren, in Kurzform natürlich. Sodass Sie auch sehen, dass da nicht nur gefeiert, sondern auch noch ab und zu gearbeitet wird. Es geht um, Sie sehen da hinten, was wir noch alles kurz streifen wollen miteinander. Wenn Sie da hinten schauen, dann sehen Sie die Übersicht über den Bahnhof und an und für sich ist da ein riesiges Projekt geplant, zum Teil weit fortgeschritten mit dem Parkhaus Casanna, Projekt Post, da wollen wir vom Einkaufszentrum eben über dieses Parkhaus. Damit wollen wir die ganze Bahnhofsgegend verkehrsarm machen und zur Flanierstrecke quasi umbauen. Die ganze Bahnhofstrasse soll dann wirklich letztlich so aussehen wie Sie da hinten sehen.

Dann ist es aber auch so, dass wir für den Forst sehr viele Projekte oder auch Gutlieb, wie wir im Prättigau sagen, an den Tag legen und zwar mit Neuerschliessungen in den Wäldern. Ein grosses Projekt ist jetzt zum Beispiel die Neuerschliessung Waldries, die im Moment in der Planung ist und wir demnächst mit der Umsetzung beginnen können. Und die ganze Strukturverbesserung, die über 20 Millionen tilgt in den nächsten Jahren. Der Baustart ist genau jetzt vor einer Woche gewesen. Weiter haben Sie vielleicht gesehen, auf der Zufahrt, diese grosse Verbauung Grobawald, die wir mit dem ASTRA, TBA, der RhB und als Gemeinde miteinander tätigen und die Sicherheit der Zubringerstrasse Bahn extrem erhöhen wird. Und natürlich auch ein kleineres, aber wichtiges Projekt ist zum Beispiel ein Löschwasserteich für unsere Schutzwälder.

Wenn wir weiter zur Landwirtschaft gehen, dann ist uns das ein grosses Anliegen, die Landwirtschaft ist zusam-

men mit unseren Alpen ein ganz wesentlicher Teil von unserer Tourismusgemeinde. Wir sind jetzt im Moment daran, 30 Alpegebäude zu sanieren, und zwar einerseits für die Sicherstellung des langjährigen Alpbetriebs und andererseits auch, um für die nächsten Generationen die wunderbaren Gebäude zu erhalten. Auch das ist primär für die Landwirtschaft, aber auch für den Tourismus. Und natürlich im Tourismus selber sind wir auch aktiv mit einem Bike-Masterplan, teilweise umgesetzt, teilweise sind wir mittendrin, nicht ganz einfach, Ihr wisst das. Dann wollen wir die Arena da noch etwas umbauen und einen wesentlichen Teil, einen Campingplatz bauen in Serneus, dort sind wir jetzt in der Vorprojektstufe angelangt. Aber auch für die Kunst machen wir etwas, Kultur, wir haben da ein bisschen Blut geleckt. Im Jubiläumsjahr wurde ja das alte Primarschulhaus als Kunsthaus quasi geführt und das wollen wir jetzt umsetzen und das künftig neu so betreiben. Dann komme ich nicht darum herum, auch noch zwei Worte zu unserer Raumplanung zu sagen. Also, ich möchte auf keinen Fall irgendein Glier oder Jammern da von mir geben, aber es ist halt schon so, die Raumplanung ist in einer Gemeinde wie wir sind, Tourismusgemeinde, eine unglaubliche Belastung in jeder Hinsicht. Und es ist zum Teil natürlich durch die Langfristigkeit auch eine Bremswirkung. Das ist leider so. Wir wehren uns und werden auch unterstützt dabei. Etwas ganz Wichtiges und ich glaube, es wird ja ein Vorstoss geben in dieser Session und ich hoffe, dass man da auch wirklich ein bisschen Ernsthaftigkeit dahinter hat und hier nicht nur irgendwie abstimmungsmässig, Wohnen für die Einheimischen. Wohnen für die Einheimischen ist in einer solchen Gemeinde wie wir sind, die Liegenschaften sind dermassen beliebt, da wird fast jeder Preis bezahlt und die eigentlichen Leute, die das Schulhaus füllen, die haben wir dann nicht hier und das ist nicht ganz einfach. Wir machen auch in der Energie etwas. In der Energie sind wir ja seit vielen Jahrzehnten mit der Rätia Energie, ehemals Bündner Kraftwerke, verbunden. Wir sind Energiestadt usw. und werden jetzt in den nächsten Tagen oder Wochen ein neues Projekt PV-Grossanlage dem Gemeindevorstand vorlegen. Ziel wäre, dass wir noch dieses Jahr die Volksabstimmung durchführen können. Da sind wir wirklich stolz, wenn uns das gelingen sollte. So, und jetzt sehen Sie da Walser und ich habe während dem Jubiläumsjahr einmal in der Kirche Saas oder Klosters gesagt, was würden wohl die Walser sagen, wenn sie heute Klosters sehen würden in Bezug auf Bauwerke, Verbauungen, Auenschutz usw., Wohnen für Einheimische. Und diese Frage habe ich versucht, zu beantworten, und muss Ihnen sagen, die Bauwerke, da würden sie wahrscheinlich staunen, indem sie sagen würden, die Sunnibergbrücke, das ist ja etwas Wahnsinniges oder die Lawinerverbauungen, sehr positiv. Beim Auenschutz usw., da würden sie vielleicht ein bisschen den Kopf schütteln.

Sie haben über Jahrhunderte die Steine aus den Wiesen getragen und jetzt lässt man sie wieder in den Wiesen. Und das Wohnen für Einheimische wäre wahrscheinlich der schlimmste Punkt. Da würden sie sagen, unbegreiflich, dass eine Gemeinde wie Klosters, und andere auch, den eigenen Jungen nicht einmal mehr Wohnraum schaf-

fen kann, dass sie hierbleiben können. Da stimmt doch etwas nicht, da sind wir gefordert. So, und jetzt möchte ich da nur noch auf unsere Gemeinde ganz kurz eingehen: Wir sind doch stolz. Wir haben eine tolle Gemeinde. Wir haben überschaubare Problemstellungen, stabile Finanzen. Wenn alles gut geht und der Gemeinderat, Sie können dann unseren Gemeinderat noch ein bisschen beeinflussen, den Martin, dass er vielleicht auch zustimmt. Dann können wir wahrscheinlich sogar eine Steuersenkung vornehmen und ich denke, das wäre ja etwas.

Gut, dann zum Programm hätte ich auch noch gerne zwei, drei Sachen gesagt: Ihr habt gesehen, Ihr seid da in unserer wunderbaren Arena und an und für sich möchte ich nur zu den zwei Abenden zwei, drei Worte sagen, morgen und übermorgen. Ansonsten ist alles beschildert. Wenn Ihr etwas sucht, dann sucht weiter, irgendwann werdet Ihr es finden oder jemand, der euch das sagt. Also, das sind unsere Gebäude und ohne da weiter gross einzugehen, aber eingehen möchte ich auf den Dienstagabend: Da gehen wir auf die Madrisa zum Nachtessen in den Madrisahof. Das ist ein wunderbares Berghotel und ich hoffe, dass das Wetter, das wir bestellt haben, eintrifft, dann wird das für Sie ein unvergesslicher Abend in dieser wunderschönen Gegend auf der Saaser Alp. Dann am Mittwochabend, und da wären wir sehr froh, wenn möglichst alle mittun würden. Das wäre dann der Treffpunkt mit den Einheimischen. Das ist gerade da vorne im Silvretta Park. Das wäre sehr schön, wenn wir dort den Kontakt pflegen könnten. Der letzte Punkt, da geht es mir noch darum, Ihnen eine schöne und erfolgreiche Landsession in Klosters zu wünschen.

Wir haben aus meiner Sicht alles gemacht, also ich wenig, aber alle meine Mitarbeiter haben sich wahnsinnig bemüht und mit grosser Freude sind sie an diese Arbeit gegangen. Ich hoffe, und Sinnbild für das, ich hoffe sehr, dass viele Brücken gebaut werden in dieser Session, Brücken vom Kanton zur Gemeinde und dann haben wir das Ziel erreicht. Alles Gute und schöne Zeit bei uns in Klosters. *Applaus.*

Eröffnungsansprache des Standespräsidenten

Standespräsident Caviezel: Ich danke Hansueli Roth ganz herzlich für die Vorstellung der Gemeinde. Er hat von den vielen Walser Bräuchen und Kulturen erzählt, aber mein lieber Hansueli, ich meine, die allerersten Leute, die hier in Klosters waren, waren Oberländer, also Romanischsprechende. Das hast du vergessen. Sie waren auf jeden Fall als erste da. Nun gut, geniessen wir diese Zeit in Klosters, erfreuen uns an all dem, was vorbereitet wurde für uns, und vielen herzlichen Dank noch einmal Hansueli Roth.

Dall'ultima sessione del Gran Consiglio abbiamo vissuto mesi decisamente movimentati. Nuove realtà si stanno aprendo in misura sempre maggiore. Sembra di vivere in un videogioco. Per nuove realtà" non intendo principalmente il nostro evento qui a Klosters. Anche se spero che a Klosters potremo scoprire cose nuove. Su questo aspetto tornerò più avanti.

Novas pussevīlādads sesarvan global, naziunal ed internaziunal. La globalisaziun ei la miracla dil niev temps. Midada entras commerci: aschia tunava ei avon biebin treis decennis. L'entira populaziun havess giu da saver profitar dil gudogn dall'economia mundiala entras la globalisaziun. Vicendeivels hanletgs e colligiaziuns economicas havessen giu da svegliar igl interess vid l'economia, rinforzar igl uorden public ed aschia contonscher ina stabilitad internaziunala. Quella imaginaziun, oravontut dalla societad dil mund occidental, ha fatg naufragi.

Pandemie, der grosse europäische Krieg und die imperialen Ansprüche von Russland und China führen dazu, dass das etablierte, internationale Modell Wandel durch Handel für eine stabile Entwicklung der Weltgemeinschaft aus den Fugen gerät. Im Zuge des russischen Angriffs haben sich die europäischen Staaten von den Energiequellen und dem Handel mit Russland verabschiedet. Dabei mussten massive Anstrengungen, Knappheitsverhältnisse, zusätzliche Kosten und steigende Preise, vor allem im Energiesektor, in Kauf genommen werden. Die Europäer arbeiten gegenwärtig an den Konsequenzen eines zunehmend selbstbewussten und militärisch auftretenden Chinas. Hier sind die Abhängigkeiten aus dem internationalen Handel noch bedeutender als mit Russland. Industriefabrikate, Computerbestandteile, Medikamente, in gewissem Sinn könnte es ähnlich werden wie mit den Masken anfangs Coronavirus-Pandemie.

Was heisst das nun für uns? Während die europäischen Staaten diese Fragen europaweit angehen, wie also die wirtschaftliche Sicherheit im europäischen Staatenverbund realisiert werden kann, soll die Schweiz als kleiner Wirtschaftsraum diese Sicherheit selber realisieren? Kann das unsere Wirtschaft überhaupt und was soll das kosten? Gibt es eine Planwirtschaft? Dieser Gedanke, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht so abwegig, wie er im Moment klingt. Denn in der Energiewirtschaft arbeiten wir genau daran, unsere Unabhängigkeit zu steigern mit enormen zusätzlichen Kosten, auch für Umwelt und Gesellschaft. Schaffen wir es überhaupt, unseren auf der Globalisierung aufgebauten Wohlstand selbständig zu sichern, wenn die Globalisierung nicht mehr funktioniert? Wenn wir sanktioniert würden, falls wir Produkte aus dem Land X importieren würden? Wir müssen in der Lage sein, Medikamente, Nahrungsmittel, Energie, Computerbestandteile usw. weiter zu entwickeln und nach Möglichkeit selbst zu produzieren. Hier muss sich die Schweiz intensiv Gedanken machen, wie unser Weg in nächster Zukunft aussehen soll. Ob wir uns einem Staatenbund annähern sollen oder ob wir den Alleingang proben.

Alles weit weg vom Kanton Graubünden, meinen Sie, betrifft uns nicht. Es ist doch krass, wenn das Elektrizitätswerk einer grossen Bündner Gemeinde, das 100 Prozent im kommunalen Eigentum ist, der Eigentümerin, also der Gemeinde, keinen Strom mehr liefern kann und die Gemeinde bei der ausserkantonalen Energiefirmenkonkurrenz gezwungener Massen dann einen Mehrjahresvertrag abschliessen muss. Eigene Produktion und Nachfrage stimmten nicht überein, beziehungsweise wurden nicht durch übergeordnete Verträge gesichert. Es

besteht auf kommunaler, kantonaler, eidgenössischer und europäischer Ebene Handlungsbedarf. Erinnern Sie sich noch an die CS? Jene selbstbewusste, schweizerische Institution? Die SKA-Mützen waren Ausrüstungsgegenstand des Skiclubs und Teil der Volksseele. Die CS, so lange ist das nicht her, die grosse CS gab es an der letzten Grossratssession noch. Sie ist Knall auf Fall untergegangen, existiert nur noch als Geschäftsmodell innerhalb der UBS, orchestriert mit der Bundesverwaltung, dem Bundesrat und den Zentralbanken.

Leider war das nicht mehr ein einmaliger Vorgang. Schon die heutige Retterin UBS musste selbst 2008 von der Bundesverwaltung et alies gerettet werden. Dagegen definitiv untergegangen ist die Swissair. Übrigens, dem Swissair-Untergang und der UBS-Rettung haben die damaligen Landespräsidenten in ihren Ansprachen keine Bemerkung geschenkt. Zu wichtig waren die Bündnerischen Schul- und Landwirtschaftspolitik damals. Ich denke, heute müssen wir unser Augenmerk über die kantonalen Grenzen hinaus ausrichten. Von den globalen und schweizerischen Krisen sind Bündnerinnen und Bündner genauso betroffen, betreffend der Auswirkungen und betreffend der eigenen Fehlerhaftigkeit. Ich erinnere an das vorgängig erwähnte Beispiel des lokalen EWs. Die CS kam ins Straucheln, weil nach zahlreichen Managementfehlern, die bisweilen komödiantisch infantil anmuteten, das Vertrauen der Kundinnen und Kunden wegbrach und Geld im grossen Stil abgezogen wurde. Erst dann merkte das Management, dass Geld schneller abgezogen als Vertrauen wieder aufgebaut werden kann. Bereits an früherer Stelle, in der Ansprache zur Februar-session, habe ich über dieses Vertrauen gesprochen. Es ist fundamental, auch für unsere Arbeit. Auch die kantonalen Institutionen brauchen Vertrauen und müssen sich dies immer wieder erarbeiten mit dem täglichen Leistungsausweis. Ich betone dies gerne nochmals, möchte aber nun nicht nochmals Ausführungen dazu machen. Vertrauen ist die Basis unseres demokratischen Geschäftsmodells. Und dann gibt es noch Ereignisse jenseits des wirtschaftlichen und politischen Tagesgeschäfts. In Brienz bedroht ein riesiges, sich immer schneller bewegendes Gesteinspaket das Dorf. Diese schwierige Situation wurde von den Behörden und den Betroffenen bislang sehr gut gemeistert: Angemessene Massnahmen, professionelle Datengrundlage, klare Strukturen, transparente Kommunikation. Dies schafft den Boden für das Vertrauen der Bevölkerung. Gemeinde und Kanton schauen gemeinsam, dass niemand zwischen die Maschen fällt. Brienz beziehungsweise die Gemeinde Albula/Alvra schaffen es, mit überlegten Schritten ohne Hektik die grosse Herausforderung in bewältigbare Teilschritte zu zerlegen und sich grossen Respekt zu verschaffen. Gemeindepräsident Daniel Albertin sieht die Gemeinschaft der Institutionen und der Einzelnen in der Pflicht, gemeinsam zu handeln als Garanten für die gesellschaftliche Stabilität und Hilfeleistung.

Als Landespräsident durfte ich in den letzten Wochen bei einigen Jahresversammlungen kantonaler Verbände den Kanton Graubünden vertreten. Bei diesen Anlässen wird augenfällig, wie viele Personen sich für ein umfassendes Gesamtergebnis engagieren, dafür einstehen, und

zu welchen Leistungen unsere Gesellschaft sogar mit Freiwilligenarbeit in der Lage ist. Extra muros, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verbringen wir diese Session in Klosters. Die Gemeinde Klosters hat den Grossen Rat eingeladen, auf Tuchfühlung mit der Prättigauer Walsergemeinde zu gehen. Nutzen Sie das Angebot, die Klosterser Bevölkerung, die grossartige und weitläufige Naturwelt, aber auch die Klosterser Alpenrestaurants, die Gastfreundschaft und Gästeorientierung sowie die aktuellen Herausforderungen dieser Gemeinde kennenzulernen. Klosters hat im vergangenen Jahr das 800-jährige Bestehen ausgiebig gefeiert. Es ist der Klosterser Initiantengruppe hoch anzurechnen, dass mit der Session extra muros das kommunale Engagement nach den letztjährigen opulenten Jubiläumsfeierlichkeiten nicht wieder zurückgefahren wurde, sondern nun die kantonale Politik zum Ziel eines Anlasses genommen wurde. Honorieren Sie bitte dieses Engagement und berücksichtigen Sie die Einladungen zu den diversen Angeboten. Ich wünsche uns nun für diese Tage spannende und fortschrittsorientierte Arbeiten und erkläre hiermit die Session für eröffnet. *Applaus.*

Totenehrungen

Standespräsident Caviezel: Wir kommen nun zu einem Thema, auf das man an einer Session liebend gerne verzichten würde, der Totenehrung.

Am 27. Dezember 2022 ist Peter Wettstein im Alter von 75 Jahren gestorben. Er wurde am 27. September 1947 in Chur geboren, wo er seine Kinder- und Jugendzeit verbrachte. Peter Wettstein absolvierte die Bündner Kantonsschule, sammelte Berufserfahrung und zog danach nach St. Gallen, um an der HSG Wirtschaft zu studieren. 1970 heiratete er Maria Fetz und zog mit ihr nach Abschluss seines Studiums nach Domat/Ems. Der Ehe entsprossen eine Tochter und ein Sohn. Eine erste grosse Leidenschaft und Karriere fand Peter Wettstein im Militär. Gleichzeitig fand er bald den Weg in die Treuhandbranche und machte sich zu Beginn der 1990er-Jahre selbständig. 1999 wurde Peter Wettstein zum Gemeindepräsidenten von Domat/Ems gewählt. Das Amt übte er mit grossem Einsatz bis 2007 aus. In den Jahren 2000 bis 2010 nahm er für den Wahlkreis Rhäzüns Einsitz im Grossen Rat. Zudem war Peter Wettstein 13 Jahre im Bankrat der Graubündner Kantonalbank sowie langjähriges GPK-Mitglied des Regionalverbandes Nordbünden. Sein Engagement für die Öffentlichkeit zeigte er auch als Mitbegründer des regionalen Serviceclubs und der Ortspartei. Das Wirken des Verstorbenen zugunsten der Öffentlichkeit war von grosser Umsicht und Einsatzbereitschaft geprägt. Für seine Heimat und den Kanton Graubünden hat sich Peter Wettstein langjährig und in verdienstvoller Weise engagiert. Dafür gebührt ihm an dieser Stelle der verdiente Dank.

Der am 23. März 2023 im Alter von 65 Jahren verstorbene Markus Feltscher wurde am 29. Dezember 1957 im Spital Sidlers im Wallis geboren. Zusammen mit einem Bruder wuchs er in Thusis und Felsberg auf. Nach der Schule absolvierte Markus Feltscher die Handelsmatura

und schloss 1982 sein Studium in Wirtschaftspädagogik an der HSG ab. Das erworbene Wissen setzte er als Dozent an der Handelsschule in Chur und später als Professor an der HTW erfolgreich um. Die letzten 13 Jahre vor seiner Pensionierung war Markus Feltscher als Direktor der Gebäudeversicherung von Graubünden tätig. Der 1985 geschlossenen Ehe mit seiner Jugendfreundin Ursula Walther entsprossen zwei Söhne. Markus Feltschers Interesse für die Politik wurde in den 1990er-Jahren geweckt. Von 1997 bis 2010 war er Gemeindepräsident von Felsberg. Im Jahre 2000 wurde er von der Bevölkerung des Kreises Trins in den Grossen Rat gewählt, in dem er bis 2010 Einsitz nahm. Sein Fachwissen und seine Erfahrung brachte er zuerst in die grossrätliche Strategiekommision und danach in die Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie ein. Markus Feltschers Führungsanspruch, man muss Menschen mögen, hatte nicht nur in seinem Berufsleben Geltung. Der Menschenfreund war auch für seine hohe Einsatzbereitschaft und Begeisterungsfähigkeit sowie seinen unerschütterlichen Optimismus bekannt. Markus Feltschers grosser Einsatz für Kanton, Region und Gemeinde trug ihm viel Anerkennung und Wertschätzung bei Volk und Behörden ein. Für seinen langjährigen, umsichtigen und uneigennütigen Einsatz im Dienste der Öffentlichkeit gebührt dem Verstorbenen an dieser Stelle der verdiente Dank. Ich bitte Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Ich danke Ihnen.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsident Caviezel: Wir kommen nun zur Vereidigung der erstmals anwesenden Stellvertreterinnen und Stellvertreter in der Junisession 2023. Dazu bitte ich die Grossratsstellvertreterinnen und die Grossratsstellvertreter, welche heute erstmals in dieser Legislatur im Rat Einsitz nehmen, nach vorne zu kommen. Es sind dies Frau Irina Cola Casaulta und die Herren Linus Peter, Beni Michael und Simon Bärtsch. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Gäste und Medienschaffende auf der Tribüne, darf ich Sie bitten, sich von Ihren Sitzen zu erheben? Ich lese Ihnen zuerst die Formel des Eids vor und danach diejenige des Gelübdes. Die Formel des Eids lautet: «Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rats schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Vus sco commembras elegidas, commembers elegi dil Cussegl grond engireis avon Diu d'ademplier tutas obligaziuns da Vies uffeci tenor meglier saver e puder.» Und die Formel des Gelübdes lautet: «Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rats geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Vus sco commembras elegidas, commembers elegi dil Cussegl grond empermetteis d'ademplier tutas obligaziuns da Vies uffeci tenor meglier saver e puder.» Der Eid wird durch das Nachsprechen der Worte «Ich schwöre es, jeu engirel» geleis-

tet und das Gelübde durch die Worte «Ich gelobe es, jeu empermettel». Darf ich Sie bitten?

Stellvertreterinnen und Stellvertreter: Ich schwöre es. Eu engir. Eu permettel.

Standespräsident Caviezel: Vielen Dank. Sie können wieder Platz nehmen. Bevor wir nun die Arbeit aufnehmen, möchte ich Ihnen noch ein paar Informationen zur Arbeit hier in der Arena geben. Wie üblich kommt auch diese Landsession ohne elektronische Hilfsmittel für den Rat aus. Das heisst, wenn Sie das Wort begehren, müssen Sie die Hand emporstrecken. Also bitte nicht per Knopfdruck anmelden. Ich führe mit Hilfe meines Standesvizepräsidenten und den Ratssekretären eine Rednerliste, damit Sie die Hand dann auch wieder runternehmen können, wenn wir Sie gesehen haben. Wenn ich Ihnen das Wort erteile, drücken Sie bitte die rechte Taste mit dem Sprechersymbol auf dem Mikrofon, um es freizuschalten und sprechen zu können. Da die Mikrofone kabellos sind, können Sie sie gut auf Ihrem Tisch hin- und herschieben. Wenn Sie fertig sind, schalten Sie das Mikrofon bitte wieder selber aus.

Die Abstimmungen erfolgen durch Aufstehen. Ich werde Sie dazu jeweils auffordern, sowohl zum Abstimmen als auch zum sich wieder setzen. Hören Sie also gut zu, damit Sie dann auch wirklich zum richtigen Zeitpunkt aufstehen. Da wir nicht elektronisch abstimmen, gibt es von dieser Session auch keine Abstimmungsprotokolle mit Namensliste. Ebenso gibt es keinen Livestream. Für die Pausen ist im grossen Saal nebenan, der Arena zwei, angerichtet. Ebenso finden Sie dort Arbeitsplätze, wenn Sie sich zwischendurch zurückziehen möchten. Das Gebäude ist am Morgen ab 07.30 Uhr offen. Kommen Sie also nicht früher, aber seien Sie um 08.15 Uhr hier. Haben Sie dazu noch Fragen? Gut, dann können wir mit den Geschäften beginnen und dazu übergebe ich die Ratsleitung dem Standesvizepräsidenten. Er wird Sie durch die Erfolgsrechnung, durch die Jahresrechnung und die Geschäftsberichte führen. Herr Standesvizepräsident, bitte.

Standesvizepräsident Caluori: Auch von meiner Seite herzlich willkommen im wunderschönen Klosters, wie Sie vorher schon im Film, den uns Hansueli Roth präsentiert hat, gesehen haben. Eine Landsession ist jeweils etwas ganz Spezielles. Da freuen sich immer alle sehr darauf. Aber für alle, ja vor allem für alle neuen Grossrätinnen und Grossräte, möchte ich aber ein Sprichwort mit in die Session geben. Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen. Aber es darf und soll auch selbstverständlich beides Platz haben. Aber halten Sie sich bitte daran. So, nun beginnen wir gemäss Traktandenliste mit der Jahresrechnung 2022 und den Geschäftsberichten 2022.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2022 des Kantons Graubünden

Standesvizepräsident Caluori: Erstens: Erfolgskontrolle Jahresprogramm 2022. Die vorberatende Kommission

war die KSS, und der Präsident Rico Lamprecht. Erstens, Eintreten. Die KSS und die Regierung sind für Eintreten. Ich erteile nun zum Eintreten Kommissionspräsident Lamprecht das Wort.

Erfolgskontrolle Jahresprogramm 2022

Eintreten

Antrag KSS und Regierung
Eintreten

Lamprecht; Kommissionspräsident: Eir da mia vart ün cordial bainvgnü quia a Claustra ed ün bun cumanzamaint da la sessiun. Der Grosse Rat hat in der Februarsession 2020 den Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2024 zur Kenntnis genommen und acht finanzpolitische Richtwerte für diese vierjährige Planungsperiode beschlossen. Regierungsprogramm und Finanzplan bilden gemeinsam die mittelfristigen Schwerpunkte der Regierung. Die darin enthaltenen Entwicklungsschwerpunkte der Regierungstätigkeit werden jeweils in den Jahresprogrammen konkretisiert. Im Rahmen der Erfolgskontrolle wird schliesslich Rechenschaft über den Umsetzungsstand der einzelnen Jahresziele abgelegt. Die vorliegende Erfolgskontrolle gibt Auskunft über die Umsetzung der im Rahmen des Jahresprogramms 2022 formulierten Jahresziele. Die Zielerreichung wird durch eine dreistufige Kategorisierung, eine Ampelsystemdarstellung, bewertet. Grün steht für Ziel erreicht, gelb für Ziel teilweise erreicht und rot für Ziel nicht erreicht.

Die KSS hat sich mit der Erfolgskontrolle des Jahresprogrammes 2022 an ihrer Sitzung vom 17. April 2022 im Beisein von Regierungspräsident Peter Peyer, Kanzleidirektor Spadin und Herrn Maissen, Leiter Führungsunterstützung der Staka, beschäftigt. Im Voraus und während der Kommissionssitzung hatten die Mitglieder der Kommission die Möglichkeit, Verständnis- und Klärungsfragen zu den verschiedenen Entwicklungsschwerpunkten zu stellen. Von dieser Möglichkeit wurde auch Gebrauch gemacht und die Regierung hat alle Fragen schriftlich und mündlich zur Zufriedenheit der KSS beantwortet. Von den 93 formulierten Jahreszielen wurden gemäss Bericht 58 erreicht, 33 teilweise erreicht und 2 sind nicht erreicht. Die KSS empfiehlt Ihnen, in das Geschäft einzutreten und von der Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2022 der Regierung in der vorliegenden Form Kenntnis zu nehmen. Wie üblich wird die Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2022, das Sie in der Botschaft ab Seite 21 zusammen mit der Jahresrechnung finden, im Grossen Rat durchberaten. Dort können Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, den Mitgliedern der Regierung Klärungsfragen stellen, Bemerkungen und Wünsche deponieren. Für die Behandlung der einzelnen Jahresziele und Entwicklungsschwerpunkte gebe ich nun das Wort wieder an unseren Standesvizepräsidenten zurück.

Standesvizerepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrätin Cahenzli.

Cahenzli-Philipp (Untervaz): Die Beratung der Erfolgskontrolle ist für den Rat die Gelegenheit, genauer auf die Tätigkeit der Regierung zu schauen. Gelungenes zu würdigen, Fehlendes nachzufordern und Schwerpunkte der eigenen politischen Agenda zu betonen. Denn die Jahresziele sind doch oft auch Auswirkungen von parlamentarischen Vorstössen, die den politischen Prozess durchlaufen haben, dann in das Programm der Regierung einfließen, zum Entwicklungsschwerpunkt werden und nun im Jahresprogramm konkretisiert und sichtbar werden. Bei der Beratung in der KSS durfte festgestellt werden, es wurde viel gearbeitet im letzten Jahr, und die Mehrzahl der über 90 Ziele konnte auf grün gestellt werden. Dafür gebührt den Mitarbeitenden des Kantons und der Regierung ein grosser Dank.

Fortschritte wurden erreicht, und dies trotz angespannter Personalsituation. Der Fachkräftemangel erschwert die Besetzung freier Stellen, und wichtige herausfordernde Projekte, wie z.B. die Digitalisierung oder die Umsetzung des Green Deals, müssen oft in personeller Unterbesetzung gestemmt werden. Das geht wohl allen Unternehmungen so. Da erzähle ich Ihnen ganz bestimmt nichts Neues. Doch beim Kanton hat der Personalmangel auch mit hausgemachten Faktoren zu tun. Ich erinnere an die Budgetdebatte vom Dezember 2022, in welcher auf die enge Personalsteuerung hingewiesen wurde vom damaligen Regierungsrat Rathgeb. Ich zitiere: «Diese Personalsteuerung lässt heute knapp zu, dass wir einen Drittel, einen Drittel der von den Departementen ausgewiesenen notwendigen Stellen überhaupt schaffen könnten.» Zitat Ende. Daraus folgere ich, dass mit grösserem Spielraum noch mehr Ziele erfolgreich und positiv wirksam für die Bevölkerung umgesetzt würden und die gewünschten Beschleunigungen von Verfahren zu erreichen wären. Ein Anliegen, welches von diesem Rat immer wieder geäussert wird, auch in dieser Session. Nun, auf ein paar Punkte aus dem Jahresprogramm weise ich hin, die vollständig oder weitgehend erreicht und umgesetzt sind und werde mich in der Detailberatung dann nicht mehr äussern. Besonders erfreulich ist die erfolgreiche Verabschiedung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung. Das ist ein grosser Fortschritt auf dem Weg zu einem attraktiven Wohn- und Lebensort Graubünden für Familien und ein Kernthema, welches wir seit Langem vorantreiben. Weiter sind Verbesserungen im kantonalen Personalgesetz in Kraft gesetzt worden und der Kredit für den Neubau der FHGR wurde einstimmig gutgeheissen und ist, wie wir heute wissen, auch von der Bevölkerung bestätigt worden. Ein weiterer Meilenstein für den Bildungskanton Graubünden. Aber auch kleinere punktuelle positive Entwicklungen sind aus der Erfolgskontrolle herauszulesen: So z. B. erhalten gewaltbetroffene Menschen niederschwellig Zugang zu einer ausreichenden und geeigneten medizinischen Versorgung und erlittene Gewaltverletzungen werden gerichtsverwertbar dokumentiert. Damit wird eine Forderung der Instanbuler Konvention erfüllt.

Leider nicht auf einer grünen Welle hingegen reitet das Regierungsziel sieben. Die Ausmerzung der Schwachstellen im Sachplan Velo geht nur langsam vorwärts und die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes stagniert, weil die Gemeinden, die mehrheitlich zuständig sind, sich mit der Umsetzung Zeit lassen. Und die Einführung des Ticketsystems Venda ist bis jetzt keine Erfolgsgeschichte. Sie hat Verärgerung und Unmut bei den Kunden verursacht. Digitalisierung, da sind wir uns wohl einig, ist gut und recht, doch sie muss zu Verbesserung führen und nicht zu einem Rückschritt. Ich komme zum letzten Punkt meiner Bemerkungen, zum Regierungsziel elf, Entwicklung der Regionen. Dieses Ziel schwächelt. Viele Ziele sind nur ansatzweise erreicht oder gar nicht. In der KSS wurde darüber intensiv diskutiert und die Ursachenforschung ist wohl noch nicht abgeschlossen. Tatsache ist, dass kaum erfolgreiche Projekte in der Regionalentwicklung vorzuweisen sind und so stellen sich schon Fragen. Zum Beispiel: Sind die administrativen Hürden, die inhaltlichen Auflagen für die Einreichung von Projekten zu hoch? Fehlt es an Ideen oder an Personen, die solche Projekte vorantreiben? Ist gar kein Bedarf vorhanden in den Regionen? Diesen Fragen sollte auf den Grund gegangen werden, denn das Ziel, Netzwerke und Wissensmanagement zu stärken, dieses Ziel ist das Richtige. Ich bin für Eintreten.

Brunold: Heute behandeln wir das Jahresprogramm und die Jahresrechnung 2022. Dies ist für unseren Rat eine gute Möglichkeit, um ein Urteil zur Arbeit der Regierung und der kantonalen Verwaltung zu ziehen. Ich stelle fest, die Regierung hat 2022 unter anderem Folgendes erreicht: Der Kanton kommt bei der Digitalisierung der Verwaltung voran. Der Kanton konnte seine Attraktivität als Arbeitgeber verbessern. Der Kanton hat die Finanzen im Griff. Der Kanton packt den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel proaktiv an. Dem Kanton ist 2022 mit der Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung bei der Familienfreundlichkeit eine grosse Verbesserung gelungen. Der Kanton baut einen attraktiven Campus für die Fachhochschule Graubünden und stärkt damit Graubünden als Bildungsstandort. Der Kanton nimmt den Klimaschutz ernst und packt diesen proaktiv mit dem Green Deal an. Der Kanton ist touristisch gut unterwegs, auch dank der kantonalen Förderung. Und der Kanton treibt die digitale Transformation voran.

Wir dürfen also feststellen, dass der Kanton Graubünden im Jahr 2022 wieder einige Schritte vorwärtsgekommen ist. Klar, es gibt Bereiche, wo noch nicht alle Ziele erreicht wurden. Die Mittefraktion ist aber mit der Entwicklung des Kantons Graubünden zufrieden. Dies ist der Verdienst der Regierung und der kantonalen Verwaltung. Die Regierung muss ja oft Kritik einstecken. Darum erlaube ich mir, die Regierung heute wieder einmal zu loben, und ihr für den unermüdlichen Einsatz für unseren Kanton Graubünden zu danken. Cordial engraziament per Vossa lavur. Es stehen uns in den nächsten Jahren grosse Herausforderungen bevor. Ich denke da beispielsweise an den Arbeits- und Fachkräftemangel, die Kosten im Gesundheitswesen, den Mangel an Wohnraum für Einheimische, den Klimawandel und auch die

Energieversorgung. Der Kanton Graubünden verfügt dank der guten Arbeit in der Vergangenheit über eine gute Ausgangslage. Wir haben Wahljahr und der Wahlkampf läuft langsam an. Ich hoffe aber sehr, dass sich der Grosse Rat, wie in der Vergangenheit, weiterhin auf die Suche nach guten und kompromissfähigen Lösungen macht und sich auch darauf konzentriert. Lassen wir die Polarisierung sein und konzentrieren wir uns auf Lösungen. Ich bin für Eintreten.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident.

Regierungspräsident Peyer: Zuerst auch von Seite der Regierung ein herzliches Dankeschön für die Einladung nach Klosters und einen grossen Dank an die Organisatorinnen und Organisatoren, die das hier möglich gemacht haben und uns die nächsten drei, vier Tage auch noch hier weiterbewirten und betreuen werden.

Ganz kurz zum Regierungsprogramm und zur Erfolgskontrolle aus Sicht der Regierung: Wir haben 2022 ein ausserordentlich ereignisreiches Jahr gehabt und es konnten doch einige Meilensteine erreicht werden. Grossrat Brunold und Grossrätin Cahenzli haben schon auf ein paar wichtige hingewiesen. Insbesondere die Zustimmung, Ihre Zustimmung zum Bau des neuen Fachhochschulzentrums und dann die Zustimmung der Bündner Bevölkerung sind fast schon ein Jahrhundertereignis. Es ist geplant, dass der Hochschulbetrieb in den neuen Räumlichkeiten im Frühjahr 2028 aufgenommen wird. Auch genannt wurde der grosse Schritt, den wir für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemacht haben. Und auch erwähnt wurde die Teilrevision des Personalgesetzes, welche uns auf dem zunehmend anspruchsvollen Arbeitsmarkt doch ein bisschen gestärkt hat.

Die Herausforderungen bleiben aber bestehen. Im Bereich Bevölkerungsschutz haben wir in dem Bereich, wo wir im schlimmsten Fall sehr verletzlich wären, nämlich bei einem grossen Erdbeben, ein Gesamtkonzept hergestellt. Zusammen mit sehr vielen Fachexpertinnen und Fachexperten haben wir die Grundlagen geschaffen, damit Kanton, Gemeinde, Bund und die Betreiberinnen und Betreiber von kritischen Infrastrukturen wissen, wie sie zusammen ein solches Ereignis bewältigen könnten. Auch etwas attraktiver sind wir geworden im Bereich des öVs, zumindest, was die Verbindungen nach Zürich betrifft. Diese konnten mindestens am Wochenende ausgebaut werden. Das sind so ein paar ganz wenige Punkte aus den umfangreichen Arbeiten, die gemacht wurden. Ich möchte an dieser Stelle Grossrat Brunold ganz herzlich danken für das Lob an die Regierung und Verwaltung, das ich an meine Kolleginnen und Kollegen gerne weitergebe und selbstverständlich auch an unsere Mitarbeitenden in der Verwaltung. Grossrat Brunold hat es aber auch richtig gesagt: Es sind noch sehr viele Herausforderungen da. Deshalb werde ich nicht länger werden. Arbeiten wir daran und versuchen wir, weitere Projekte zu verwirklichen.

Standesvizepräsident Caluori: Somit stelle ich fest, dass Eintreten nicht bestritten und beschlossen ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standesvizepräsident Caluori: Wir fahren mit der Detailberatung fort. Sie finden diese auf den Seiten 21 bis 61. Gibt es Bemerkungen oder Fragen zu den Seiten 21, 22 und 23? Herr Kommissionspräsident.

Detailberatung

Antrag KSS und Regierung

1. Die Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2022 zur Kenntnis zu nehmen (Seiten 19 bis 61).

Lamprecht; Kommissionspräsident: Vielleicht noch ganz kurz, um in Erinnerung zu rufen: Auf Seite 21 und 22 sehen Sie die schematische Darstellung bildlich und farblich abgebildet mit den Pflichten und wer wofür verantwortlich ist. Zum ersten Teil in der Planungsphase 2019 bis 2020 und danach in der Umsetzungsphase 2020 bis 2021: Diese Auflistung, diese detaillierte Darstellung zeigt eigentlich übersichtlich, wer wo in der Verantwortung ist. Unten auf der Seite 22 sehen Sie das Ampelsystem und dort ist auch beschrieben, in welcher Form ein Ziel erreicht, oder teilweise oder gar nicht erreicht ist.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann kommen wir zu den Entwicklungsschwerpunkten ab Seite 24 der Rechnung. Ich werde diese einzeln verlesen und zur Diskussion stellen. Umsetzungsstand Jahresziele 2022: Regierungsziel 1, Verwaltung und Finanzen. Entwicklungsschwerpunkt 1.1, Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Entwicklungsschwerpunkt 1.2, Attraktiver Arbeitgeber. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Entwicklungsschwerpunkt 1.3, Solider Finanzhaushalt sichern. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Regierungsziel 2, Sicherheit. Entwicklungsschwerpunkt 2.1, Kontinuierliches Risikomanagement im Bevölkerungsschutz. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Entwicklungsschwerpunkt 2.2, Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Herr Kommissionspräsident?

ES 2.2 Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingūnas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Frau Grossrätin Baselgia.

Baselgia: Ich spreche zum Entwicklungsschwerpunkt 2.2, richte meine Worte aber nicht an die Regierung, sondern an alle Grossrätinnen und Grossräte. Erlauben Sie mir ein Votum, welches indirekt mit diesem Entwicklungsschwerpunkt zu tun hat. Der gegenseitige Umgang im Ratssaal des Grossen Rats Graubünden ist von Respekt und Anstand geprägt. Ausserhalb der Ratsitzungen gab es aber Vorfälle, welche die Würde des Parlaments infrage stellen. Es geht um die Frage von Nähe und Distanz, um die Frage sexueller Belästigung. Wohl ganz alte Fragen. Aber im Gegensatz zu früher wird heute offener darüber gesprochen. Die Fraktionspräsidentinnen haben beschlossen, dieses Thema in den Fraktionen aufzugreifen. Es geht dabei um Sensibilisierung, um Bewusstmachung, wo die Grenze des respektvollen Miteinanders überschritten wird und wo sexuelle Belästigung beginnt. Dabei ist es wichtig, sich ins Gegenteil versetzen zu können. Entscheidend ist nicht, wie wir es meinen, sondern wie unser Verhalten beim Gegenüber ankommt.

Der Grosse Rat des Kantons Waadt hat vor einem Monat eine Richtlinie zur Prävention sexueller Belästigung im Grossen Rat verabschiedet und darin klar festgehalten, dass sexuelle Belästigung sich nicht auf körperliche Handlungen beschränkt, sondern dass auch verbale Bemerkungen eine Grenzüberschreitung darstellen können. Die SP-Fraktion wird in dieser Session einen Antrag auf Direktbeschluss einreichen, um die Geschäftsordnung des Grossen Rats im Sinne der waadtländischen Richtlinie zu ergänzen. Das könnte dann z. B. folgendermassen lauten: «Der Grosse Rat sorgt für den Schutz der Persönlichkeit und Würde aller Abgeordneten. In diesem Zusammenhang duldet er kein Verhalten, das die persönliche Integrität seiner Mitglieder verletzt, insbesondere sexuelle Belästigung. Er ergreift die erforderlichen Massnahmen, um das Auftreten solcher Vorfälle zu verhindern.»

Was ich noch anfügen möchte: Die SP-Fraktion akzeptiert übergreifendes Verhalten in keiner Art und Weise, auch nicht in den eigenen Reihen. Und wir gehen davon aus, dass auch die anderen Fraktionen dies nicht tolerieren. Die SP-Fraktion freut sich, hier in Klosters an der extra-muros-Session teilnehmen zu können. Wir erwarten einen anstands- und respektvollen Umgang hier im Ratssaal und auch ausserhalb des Raums, damit eben die Integrität jedes einzelnen Ratsmitglieds unversehrt bleibt. Respektvolles Verhalten aller Ratsmitglieder

während dem Ratsbetrieb und auch ausserhalb der Sitzungen ist zudem ein wichtiger Faktor, damit die Glaubwürdigkeit unserer Institution, der Institution des Grossen Rats, in den Augen der Öffentlichkeit keinen Schaden nimmt.

Bischof: Ich bin sehr erfreut darüber, dass die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Jahresprogramm aufgenommen wurde. Ich hoffe auch inbrünstig, dass diese Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt auch weiterhin zuoberst auf der Traktandenliste des Grossen Rats liegt. Ich bin trotzdem etwas überrascht von den grünen Ampeln. Sie alle im Grossen Rat haben den Jahresbericht 2022 vom Frauenhaus erhalten und ich bin einfach bestürzt und betroffen, dass die Zahlen im Frauenhaus derart höher geworden sind als im 2021. Sie haben eine Belegung im 2022 von 1737 Frauen und Kindern insgesamt. Sie haben im 2021 927,5 Frauen gehabt. Es ist klar, dass sich mit der Covid-Situation die Frauen und Kinder weniger gut aus der häuslichen Gewalt befreien konnten. Was mich aber bestürzt, ist, dass im letzten Jahr Frauen abgewiesen werden mussten beim Frauenhaus. Wer sich auch nur minimal vorstellen kann, wie anstrengend es für Frauen ist, die unter häuslicher Gewalt leiden, wie anstrengend es für diese Frauen ist, sich aus dieser häuslichen Gewalt zu befreien, der muss sich einfach vorstellen, wenn sie diesen Punkt nicht genau erwischt haben, wo sie sich befreien können aus der häuslichen Gewalt, dann kann das je nachdem wieder Jahre dauern, bis sie es nochmal schaffen.

Wenn sie an geschlossenen Türen anstehen im Frauenhaus, so ist es einfach bestürzend. Und ich habe deshalb Fragen an die Regierung. Ist sich die Regierung bewusst, dass der Platzmangel im Frauenhaus gross ist und ist die Regierung bereit, selber das Frauenhaus bezüglich Platzmangel zu unterstützen? Ein weiteres Problem ist, dass, wenn sie in diesem Haus sind, im Frauenhaus, sie haben gerade mal für drei Frauen und sieben Kinder Platz. Also, wenn der Bedarf hoch ist, dann müssen sie nachher auch in einigermassen absehbarer Zeit Anschlussmöglichkeiten haben. Jetzt stehen wir vor einem ausgetrockneten Wohnungsmarkt. Da können Sie sich vielleicht vorstellen, dass es noch schwieriger wird, Anschlussmöglichkeiten zu finden für Frauen mit ihren Kindern, die meist auch in einer schwierigen finanziellen Situation sind. Und ich stelle dem Kanton die Frage: Ist der Kanton bereit, sich um Anschlussmöglichkeiten für Frauen, die aus dem Frauenhaus kommen, zu kümmern und Wohnungskontingente bereitzustellen?

Weiter habe ich noch ein wichtiges Anliegen. Es ist sehr wichtig, dass die Polizei, die sehr viele, sehr, wie soll ich sagen, sehr schwierige Aufgaben wahrnehmen muss, wenn es um häusliche Gewalt geht, es ist sehr schwierig, die häusliche Gewalt mit offenen Augen anzusehen und zu erkennen. Es bereitet jeder Person, die nicht viel Erfahrung hat im Bereich häusliche Gewalt, extreme Mühe, um diese häusliche Gewalt an sich herankommen zu lassen. Wenn sie ein Kind sehen, das vor ihnen verstummt: Es ist schwierig, die Augen zu öffnen und zu erkennen, ja, dieses Kind leidet unter häuslicher Gewalt. Meistens ist es so, dass, wenn die Polizei gerufen wird

aufgrund häuslicher Gewalt, vielmal wird dann der Deckel darüber gezogen, weil alle quasi in einer Angstsituation erstarren. Es ist manchmal sehr schwierig für die Polizei, diese wichtigen Zeichen wahrzunehmen. Und ich bitte die Regierung, ganz nach dem Basler Modell, der Polizei zu ihrer Unterstützung und zu ihrer Entlastung eine psychologisch geschulte Fachperson zur Seite zu stellen, die vor allem auch sehr viel Erfahrung mit häuslicher Gewalt hat. Ich danke Ihnen für Ihre Antwort.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsrat Peyer, Sie haben das Wort.

Regierungspräsident Peyer: Grossrätin Bischof hat diese Fragen der Regierung vorgängig zugestellt. Die ersten beiden Fragen sind beantwortet worden vom Departement meines Kollegen Marcus Caduff, weil sie in den Zuständigkeitsbereich des kantonalen Sozialamts fallen. Die dritte Antwort ist bearbeitet worden von der Kantonspolizei, also im Departement von mir beheimatet.

Zu den Antworten im Detail: Die Auslastung des Frauenhauses Graubünden lag im Jahre 2022 bei 68,3 Prozent. In den Jahren 2018 bis 2021 lag die Auslastung bei 37 bis 50 Prozent. Die Nachfrage aus anderen Kantonen hat zu einer höheren Nutzung des Frauenhauses Graubünden geführt. Das heisst, das Frauenhaus Graubünden wurde 2022 zu 58 Prozent von Frauen und Kindern mit ausserkantonalem Wohnsitz genutzt. In den vier vorangegangenen Jahren lag die ausserordentliche Nutzung bei 21 bis 37 Prozent. Die Anzahl Frauen und Kinder mit Wohnort Graubünden, die das Frauenhaus nutzen mussten, ist im vergleichbaren Mittel der letzten vier Jahre konstant geblieben. Mit einer Auslastung von etwas über 68 Prozent liegt das Frauenhaus Graubünden weiterhin unter den Empfehlungen der SODK, also der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, welche Empfehlungen zur Finanzierung von Frauenhäusern abgibt. Um ihren Auftrag als Kriseninterventionsangebot wahrnehmen zu können, sollten die Frauenhäuser immer gemäss den SODK-Empfehlungen darauf achten, dass ihre Auslastung in der Regel nicht über 75 Prozent liegt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Frauenhaus bei einer 75-prozentigen Auslastung kostentragend geführt werden kann. Da das Frauenhaus Graubünden weiterhin unter der empfohlenen Auslastung liegt und die höhere Nachfrage hauptsächlich durch ausserkantonale Nutzerinnen bedingt war, ist ein Ausbau des Angebots derzeit nicht angezeigt. Der Kanton steht aber mit dem Frauenhaus Graubünden regelmässig in Kontakt. Die Entwicklung des Bedarfs und allfällige Massnahmen werden interkantonal im Rahmen der SODK analysiert und ausgewertet.

Zur zweiten Frage, welche die Frage der Anschlusslösung betrifft: Das Frauenhaus Graubünden bietet Frauen, ihren Kindern und weiblichen Jugendlichen ab dem 15. Lebensjahr, die von physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt betroffen sind, eine Notunterkunft und ein stationäres Kriseninterventionsangebot. Ist eine besondere Schutzbedürftigkeit der betroffenen Klientin anerkannt, trägt die Opferhilfe Graubünden für im Kan-

ton Graubünden wohnhafte Personen in der Regel während 35 Tagen die Unterbringungskosten. Zum Leistungskatalog des Frauenhauses gehört die Entwicklung von Zukunftsperspektiven und nachhaltiger Anschlusslösungen sowie die Vorbereitung des Austritts.

Der Wohnraum für die Frauen und Kinder, welche in einem Frauenhaus Schutz gesucht haben, hat verschiedenen Anforderungen zu genügen. Dazu gehört zum Beispiel die Nähe zur Schule und zum Arbeitsplatz oder die Anonymität oder die Grösse der Wohneinheiten. Aufgrund der individuellen Bedürfnisse ist die Bereitstellung von Kontingenten deshalb nicht vorgesehen. Hingegen hat der Kanton dem Frauenhaus Graubünden signalisiert, dass er bereit ist, die Finanzierung eines ambulanten Nachbetreuungsangebotes zu prüfen. Die Entwicklung dieser Dienstleistung ist aktuell beim Frauenhaus Graubünden pendent.

Und noch zur dritten Frage, welche die Kapo betrifft und die Unterstützung durch Fachpersonen. Im Rahmen des Entwicklungsschwerpunktes 2.4, Kantonales Bedrohungsmanagement, wird im laufenden Projekt, das voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren abgeschlossen wird, evaluiert, ob und in welchen Fällen die Polizei bei Verdacht auf häusliche Gewalt mit einer psychologischen, auf Trauma spezialisierten Fachperson unterstützt wird. Die entsprechend auszuarbeitenden Prozesse und Zusammenarbeitsformen werden darauf Auskunft geben. Bis dato hatte die Kapo noch keinen derart schwerwiegenden Fall, dass für die Risikoanalyse eine entsprechende Fachperson hätte beigezogen werden müssen. Somit gab es diesbezüglich von Seiten der Fachstelle Häusliche Gewalt noch keine Bestrebungen, einen solchen Kontakt herzustellen.

Standesvizepräsident Caluori: Wir fahren fort mit dem Entwicklungsschwerpunkt 2.3, Umsetzung Strategie Cybercrime Kantonspolizei. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Entwicklungsschwerpunkt 2.4, Kantonales Bedrohungsmanagement. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Regierungsziel 3, Bildung und Forschung. Entwicklungsschwerpunkt 3.1, Ausbau der Kooperationen mit universitären Forschungsinstitutionen. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Entwicklungsschwerpunkt 3.2, Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungsstrategie. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Regierungsziel 4, Standort und Wohnort. Entwicklungsschwerpunkt 4.1, Promotion des Arbeits- und Lebensraums Graubünden. Herr Kommissionspräsident?

ES 4.1 Promotion des Arbeits- und Lebensraums Graubünden

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Grossrat Brunold, Sie haben das Wort.

Brunold: Ich habe eine Frage zu Punkt vier, Promotion des Arbeits- und Lebensraums. Dort steht, dass aufgrund personalbedingter Engpässe die ersten beiden Jahresziele nicht erreicht werden konnten. Ich möchte bei der Regierung nachfragen, ob die Stellen zwischenzeitlich besetzt werden konnten.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen? Regierungsbank? Regierungsrat Caduff, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Caduff: Ich kann gern kurz sagen: Ja, die Stellen wurden in der Zwischenzeit besetzt. Beim AWT konnten in der Zwischenzeit sämtliche Stellen wieder besetzt werden und die Arbeiten an diesem Entwicklungsschwerpunkt schreiten voran.

Standesvizepräsident Caluori: Wir fahren fort mit Entwicklungsschwerpunkt 4.2, Sportkoordination in den Gemeinden. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Entwicklungsschwerpunkt 4.3, Förderung der Familienfreundlichkeit. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Regierungsziel 5, Sprache und Kultur. Entwicklungsschwerpunkt 5.1, Die kantonale Sprachenvielfalt als Chance nutzen und fördern. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Atanes, Sie haben das Wort.

Atanes: Con grande interesse ho letto dei passi che si sono fatti in favore della promozione dell'informazione in lingua italiana. A distanza di otto anni dall'inoltro del relativo atto parlamentare, si giunge finalmente a un primo tangibile miglioramento per i media della minoranza grigionitaliana. Dall'anno prossimo il posto di redattore ATS in italiano a Coira verrà potenziato e il sostegno in favore della trasformazione digitale sarà offerto ai media di lingua italiana. Si tratta questo di un passo in avanti del quale bisogna sicuramente rallegrarsi. Credo però che in futuro dovranno seguirne degli altri. Sono infatti dell'avviso che un singolo redattore ATS per tutto il Cantone dei Grigioni non riesca a offrire il sostegno necessario ai media grigionitaliani senza che a questa funzione a Coira venga ad esempio affiancata una rete di corrispondenti attivi nelle diverse regioni grigionitaliane. Lo stesso Consiglio federale sta pensando a delle soluzioni per sostenere l'informazione regionale in tutta la Svizzera, rafforzando la presenza dell'ATS per renderla più capillare e offrire così un servizio di base migliore per tutto il territorio e per tutte le lingue nazionali.

In un recente rapporto il Controllo delle finanze della Confederazione ha criticato abbastanza chiaramente l'Ufficio federale della cultura per la sua politica linguistica che manca di una base legale sufficientemente solida e perché priva di indicatori obiettivi chiari e misurabili. Il caso vuole che la quintessenza di questa critica ricordi molto l'atto parlamentare che il collega Tobias Rettich ha inoltrato questo inverno circa la promozione delle lingue minoritarie cantonali. Nel messaggio della cultura che il Consiglio federale ha messo in consultazione proprio settimana scorsa, sembra che il Governo federale abbia recepito le osservazioni del controllo delle finanze, infatti per il quadriennio 2025-2028 la promozione delle nostre due lingue minoritarie, in special modo il loro insegnamento, potrà godere di una base legale più chiara. Parto dal presupposto di non essere l'unico in questa sala a rallegrarmi di questa importante novità per l'italiano e il romancio.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen zu Entwicklungsschwerpunkt 5.1? Regierungsbank? Entwicklungsschwerpunkt 5.2, Die kulturelle Vielfalt sichtbar und nutzbar machen. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Regierungsziel 6, Gesundheit und Betreuung. Entwicklungsschwerpunkt 6.1, Mit integrierter Gesundheitsversorgung in die Zukunft. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Entwicklungsschwerpunkt 6.2, Help yourself und deinen Nächsten. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingūnas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Entwicklungsschwerpunkt 6.3, Erfolgreiche Leistungserbringer im Gesundheitstourismus. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingūnas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Regierungsziel 7, Mobilität. Entwicklungsschwerpunkt 7.1, Attraktive und koordinierte Mobilität. Herr Kommissionspräsident?

ES 7.1 Attraktive und koordinierte Mobilität

Lamprecht; Kommissionspräsident: Gerne möchte ich hier noch einmal die Frage stellen, die ich bereits in der Kommission gestellt habe. Ich finde, sie hat doch eine Wichtigkeit und sollte auch im Rat beantwortet werden. Es geht um die Massnahme Unterstützung der Gemeinden bei der behindertengerechten Sanierung von Bushaltestellen. Meine Frage dahingehend: Wird man aufgrund der nur schleppend vorankommenden behindertengerechten Sanierung der Bahn- und Bushaltestellen den Zeitraum für die Unterstützung der Eigentümer verlängern? Was sind die Konsequenzen für nicht umgesetzte Sanierungen? Diese Frage möchte ich auch noch einmal von der Regierung hier im Plenum beantwortet haben.

Brunold: Ich spreche zur Massnahme Schaffung tariflicher Anreize zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr in Graubünden. Hier wird ausgeführt, dass die Verteilung der Verkehrserträge immer wieder zu Konflikten führt. Das Wort Konflikt ist relativ hart. Darum möchte ich die Regierung bitten, ob sie ein paar Ausführungen zur Art der Konflikte machen könnte.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Regierungsrätin Maissen, Sie haben das Wort.

Regierungsrätin Maissen: Ich nehme zuerst Stellung oder gebe ein paar Informationen zur Frage des Kommissionspräsidenten bezüglich BehiG-gerechtem Ausbau von Bus- und Postautohaltestellen durch die Gemeinden. Das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen ist am 1. Januar 2004 in Kraft getreten und hat eine Frist gesetzt, die Ende 2023 ausläuft. Das ist eine Frist, die auf Bundesebene festgesetzt worden ist. Die können wir nicht beeinflussen. In der Verantwortung, die entsprechenden Haltestellen behindertengerecht anzupassen, sind die Eigentümerinnen der Haltestellen. Das ist im Eisenbahnbereich die RhB, die SBB oder die Matterhorn Gotthard Bahn und bei den Bus-/Postautohaltestellen sind es die Gemeinden, unabhängig davon, ob sich die Postautohaltestelle an einer Kantonsstrasse oder an einer Gemeindestrasse befindet. Die Regierung hat, um für die

Umsetzung des BehiG einen stärkeren Anreiz zu setzen, die Beitragssätze erhöht und hat diesen Verpflichtungskredit ebenfalls mit der Frist auf Bundesebene verknüpft, also per Ende 2023. Da wir sehen, dass die Umsetzung zum Teil anspruchsvoll ist in den Gemeinden, haben wir angedacht, dass wir die Beitragssätze, die erhöhten, noch bis Ende 2024 gewähren. Also auch 2024 können Gemeinden noch Gesuche einreichen für die erhöhten Beitragssätze. Das hat allerdings nichts zu tun mit der Frist auf Bundesebene. Ab 1. Januar 2024 gibt es eigentlich eine Pflicht, eine Ersatzmassnahme anzubieten. Das sind also zwei voneinander unabhängige Fragestellungen. Dann kann ich noch kurz ein paar Ausführungen machen zum Thema tarifliche Anreize und zu den damit verbundenen Konflikten. Es sind also nicht Konflikte, die die Passagiere irgendwie betreffen oder in Bedrängnis bringen. Es geht um etwas anderes. Es geht darum, wenn man Tarifverbände macht, dass dahinter meist sehr komplizierte Berechnungs- und Verteilungsmodelle für die Erträge stehen. Und aus Kundensicht machen solche Tarifverbände natürlich sehr viel Sinn, weil man mit einem Ticket unterschiedliche Verkehrsträger nutzen kann. Aber dahinter müssen sich die einzelnen Transportunternehmen auf einen Verteilschlüssel einigen, und diese Verteilschlüssel sind zuweilen ziemlich komplex und werden von den Transportunternehmen immer wieder gerne neu ausdiskutiert oder sind zuweilen auch bestritten. Das ist ein bisschen die Schwierigkeit bei diesen Tarifverbänden.

Standesvizepräsident Caluori: Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich hätte noch eine kurze Nachfrage an unsere Regierungsrätin: Was bedeutet das für Gemeinden, die es bis Ende 2024 nicht umgesetzt haben? Ich meine, 60 Prozent der Kosten werden heute vom Kanton getragen und wären dann Ende 2024 fertig.

Regierungsrätin Maissen: Also, es gilt ja im Moment ein erhöhter Beitragssatz. Der würde dann wieder gesenkt auf das davor geltende Mass. Und es ist so, dass einfach ab dem 1. Januar 2024 die Sanierung respektive die behindertengerechte Nutzung einer Haltestelle einklagbar ist. Und darin ändert auch die Verlängerung des erhöhten Beitragssatzes seitens des Kantons nichts. Ich hoffe, ich konnte damit nochmals Klärung schaffen.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen zu diesem Entwicklungsschwerpunkt 7.1? Dann fahren wir mit Entwicklungsschwerpunkt 7.2, Angebotsausbau auf den wichtigsten öV-Linien im Kanton, fort. Herr Kommissionspräsident?

ES 7.2 Angebotsausbau auf den wichtigsten öV-Linien im Kanton

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Gredig, Sie haben das Wort.

Gredig: Viele von uns sind mit dem Zug an die Landsession gereist, so hoffe ich zumindest. Dabei mussten die meisten von uns nicht lange auf ihren Zug warten, denn nach Klosters gibt es immerhin aus zwei von drei Richtungen einen Halbstundentakt. Doch der Entwicklungsschwerpunkt 7.2 und insbesondere die Massnahme Umsetzung Halbstundentakt zielt nicht primär auf Grossrätinnen, die an die Landsession reisen. Der wichtigste Grund für die Einführung des Halbstundentakts ist die Steigerung der Standortattraktivität unseres Kantons. Und wie Sie in den letzten Monaten des Öfteren lesen konnten, ist es dringend nötig. Zahlreiche kantonale Dienststellen und fast sämtliche Branchen der Privatwirtschaft haben Mühe, genügend Personal zu finden. Regierungsrat Peyer hat es erwähnt.

Im Verkehr von und nach Zürich konnten Verbesserungen umgesetzt werden. Doch eigentlich war ursprünglich mehr vorgesehen. Mit einem integralen Halbstundentakt innerhalb des Kantons wäre es z. B. möglich, in Masein oder Valendas zu wohnen und in Chur zu arbeiten, mit dem ÖV zu pendeln und dabei auch noch nach Hause zu finden, wenn es einmal später werden sollte. Möchte man gute Arbeitnehmende nach Graubünden holen, ist ein solches Angebot zwingend. Leider war aber für das vergangene Jahr zum Halbstundentakt kein Jahresziel geplant. Der Grund, ich zitiere: «Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation der Transportunternehmungen und der hohen Corona-bedingten Mehrkosten. Zum anderen musste die weitere Umsetzung von Retica 30 und Retica 30+ auf die nächste Fahrplanperiode verschoben werden. Die Verbesserungen können somit frühestens im Jahr 2023 umgesetzt werden.»

Meine Nachfrage hat nun ergeben, dass sich auch 2023 noch nicht alle ursprünglich geplanten Ausbauten realisieren lassen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir schreiben im Jahr 2022 200 Millionen Franken Gewinn und behaupten gleichzeitig, wir könnten den ÖV nicht ausbauen, weil die Transportunternehmen Geldprobleme hätten. Ich bitte Sie, geschätzte Frau Regierungsrätin, geschätzte Herren Regierungsräte, nehmen Sie das nötige Geld in die Hand und sorgen Sie dafür, dass das ÖV-Angebot so rasch wie möglich ausgebaut und unser Kanton damit attraktiver wird, für Einheimische und für Zuzügerinnen. Das ist keine Frage des Geldes, sondern des politischen Willens.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsbank? Fahren wir fort mit Regierungsziel 8, Green Deal – Klima, Energie und Naturgefahren. Entwicklungsschwerpunkt 8.1, Verbesserter Schutz vor Naturgefahren. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Ent-

wicklungsschwerpunkt 8.2, Ausbau erneuerbarer Energien. Herr Kommissionspräsident?

ES 8.2 Ausbau erneuerbarer Energien

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Kappeler, Sie haben das Wort.

Kappeler: Ich spreche zur Massnahme Aufbau einer kantonalen Energieplanung. Wir haben es ja mitbekommen, die SVP hat eine Fraktionsanfrage gestellt zu diesem Thema mit zwei Elementen: Einerseits die zeitliche, die Frist für die Vernehmlassung, und andererseits das Thema Behandlung im Grossen Rat. Und über die Dringlichkeit werden wir ja dann morgen befinden. Nun, die Diskussion hat gezeigt, dass viele Organisationen die gesetzte, die ursprünglich gesetzte Frist als sehr knapp betrachtet haben. In der Folge hat ja die Regierung die Frist um einen Monat verlängert. Allerdings ist dieser Verlängerungsmonat, der fällt natürlich grad in die Sommerferien und bedeutet für viele nicht wirklich eine Verlängerung. Und in diesem Sinn möchte ich Regierungsrat Caduff anfragen für eine Protokollerklärung, ja, ob er bestätigen kann, dass die Regierung die Frist nochmals verlängert, beispielsweise auf 90 Tage, wie die SVP verlangt hat, von der ursprünglichen Frist. Zwischenzeitlich wurde auch kommuniziert, dass es möglich wäre, dass gewisse Organisationen die Vernehmlassungsantwort auch später einreichen können.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat Caduff, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Caduff: Ja, ich kann gern einige Ausführungen dazu machen. Ich greife hier eigentlich in die Domäne der Regierungskollegin Maissen ein, aber die Richtplanung ist nun einmal bei uns, und darum werde ich auch in Absprache mit Carmelia Maissen hier eine Antwort geben. Einleitend, was ist in der KRVO, also in der kantonalen Raumplanungsverordnung festgehalten? Da ist Art. 7, welcher besagt in Abs. 2, dass die Fachstelle, also das wäre hier das ARE, legt den Entwurf für den kantonalen Richtplan im Internet und beim Kanton während 30 Tagen öffentlich auf und gibt die Auflage im Kantonsamtsblatt bekannt. Bei bedeutenden Richtplanvorlagen wird die Auflagefrist angemessen verlängert. Nun, wie Sie den Ausführungen entnehmen können, können wir eine solche Frist verlängern. Wir haben sie ja bereits um einiges länger angesetzt als in der Verordnung vorgesehen ist, nämlich zweieinhalb Monate und nicht 30 Tage. Wir haben nochmals um einen Monat verlängert, sind also mittlerweile bei dreieinhalb Monaten. Und wenn wir nochmals um zwei Monate, also das wären dann die 90 Tage, die gefordert wurden, verlängern, dann sind wir bei fünfeinhalb Monaten. Ob das noch als angemessen zu taxieren ist oder nicht, würde wahrscheinlich juristische Auseinandersetzung

heissen. Auf diese haben wir nicht gross Lust. Von daher, wenn der Wunsch besteht, dass man nochmals verlängert, und ich sehe das Argument der Sommerferien, dann werde ich mich nicht mit Händen und Füssen dagegen wehren, sondern dann kann man das durchaus machen.

Ich möchte aber doch eine Bemerkung dazu machen, Präjudizwirkung: Kann man dann jedes Mal, wenn man etwas nicht will, einfach einen Aufschrei veranstalten und wir verlängern dann jeweils die Frist in Abweichung von dem, was wir in der Verordnung festgehalten haben? Und die Idee bei dieser ganzen Energiethematik war ja auch, etwas zu beschleunigen. Denken Sie daran, es betrifft nicht nur Eignungsgebiete für Windanlagen, es betrifft vor allem auch Wasserkraftanlagen oder die Nutzung von Wasserläufen. Also, auch hier werden wir, zugegebenermassen, es sind zwei Monate, das ist dann nicht alle Welt, aber es wird eine gewisse Verzögerung damit einhergehen. Aber um es kurz zu beantworten, wenn das dem Wunsch der Gemeinden, Parteien, Regionen, Verbänden entspricht, dann sind wir bereit, das zu verlängern.

Standesvizepräsident Caluori: Dann fahren wir fort mit Entwicklungsschwerpunkt 8.3, Klimaschutz in der Landwirtschaft. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Regierungsziel 9, Landschaft und Biodiversität, Entwicklungsschwerpunkt 9.1 Biodiversitätsstrategie Graubünden. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Entwicklungsschwerpunkt 9.2, Verbesserung der landwirtschaftlichen Wertschöpfung in einer intakten Kulturlandschaft. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Regierungsziel 10, Innovation und Diversifizierung. Entwicklungsschwerpunkt 10.1, Steigerung der Innovationskraft. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Entwicklungsschwerpunkt 10.2, Diversifizierung im Tourismus. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Regierungsziel 11, Entwicklung der (Rand-)Regionen. Entwicklungsschwerpunkt 11.1, Regionale Strategiefähigkeit stärken. Herr Kommissionspräsident?

ES 11.1 Regionale Strategiefähigkeit stärken

Lamprecht; Kommissionspräsident: Hier hat unsere Vizekommissionspräsidentin Frau Cahenzli bereits Ausführungen gemacht in ihrem Eintretensvotum. Ich möchte doch nochmal kurz darauf zurückkommen, da keine Ziele erreicht wurden, also gar nicht oder nur teilweise erreicht. Wir hatten auch hier Fragen an die Regierung gestellt, die sie uns schriftlich beantwortet hat. Vielleicht kann die Regierung dies auch hier im Plenum tun. Die Fragen waren: Es wurden keine der Ziele erreicht. Weshalb wurden keine Projekte eingereicht? Waren die Voraussetzungen für die Projekte allenfalls zu hoch? Wie kann dem entgegengewirkt werden? Das waren die Fragen, die in der Kommission gestellt wurden.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Entschuldigung, Grossrat Hug.

Hug: Kein Problem. Wir sind rechts aussen. Ich spreche zum Regierungsziel 11, der Entwicklung der Regionen und der regionalen Strategiefähigkeit, welche gestärkt werden sollte. Aus unserer Fraktion hat noch niemand gesprochen. Und deshalb ist es mir ein Anliegen, an dieser Stelle auch herzlich der Regierung und der kantonalen Verwaltung für die Arbeit im vergangenen Jahr zu danken. Es wurde viel gearbeitet. Es wurde auch viel erreicht. Aber jetzt sprechen wir über die Prioritätensetzung innerhalb dieser Regierungsziele. Und da sind wir, wie andere auch, innerhalb der Kommission der Meinung, dass dieses Regierungsziel 11 etwas vernachlässigt wurde und es trotzdem aus unserer Sicht höchste Bedeutung haben sollte. Einige Fragen wurden innerhalb der Kommission beantwortet. Ich gehe davon aus, dass das hier jetzt auch noch geschehen wird. Und wir sehen die Schwierigkeit in diesem Umfeld, die es zu meistern gilt. Trotzdem wünschen wir uns fürs nächste Jahr, dass insbesondere solchen Zielen, welche dann die einzelnen Regionen stärken, mehr Beachtung geschenkt wird. Und ich bin auch, oder wir möchten auch klar festhalten, dass wir nicht derselben Meinung sind wie sich andere Votanten geäussert haben. Also, der Personalmangel kann nicht schuld sein an der Nichterreichung dieser Ziele. Wir erwarten da eigentlich eine klare Prioritätensetzung und das Aufsuchen effizienter Prozesse und nicht unbedingt mehr Einstellung von Personal. In diesem Sinne wünschen wir der Regierung viel Erfolg im nächsten Jahr und eventuell eine leichte Korrektur bei der Anpassung der Prioritätensetzung.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen? Regierung? Regierungsziel 12.

Regierungsrat Caduff: Zu schnell oder ich zu langsam. Ich bin ganz kurz. Der Kommissionspräsident hat ja die Fragen, die gestellt wurden in der Kommission, vorgelesen. Ich kann auch hier gern kurz eine Antwort geben. Das Mengengerüst, es gingen total elf Anfragen ein. Vier waren Voranfragen, ohne dass man ein Gesuch gestellt hätte, und sieben konkrete Projektgesuche wurden dann eingereicht. Und davon konnten drei Projekte gutgeheissen und finanziell unterstützt werden. Man muss vielleicht differenzieren, wir reden hier nicht generell von NRP, sondern wir reden hier von den sogenannten Pilotmassnahmen. Also der Bund hat ja im 2021 Pilotmassnahmen verabschiedet oder dass man auch Kleinstinfrastrukturen beispielsweise fördern kann, dass eine Aufweichung der Exporttheorie stattfindet usw. Also wir reden hier nur von diesen Projekten und nicht generell von den NRP-Projekten. Die Ursachen, Grossrätin Cahenzli hat zum Teil in ihrem Eintretensvotum darauf hingewiesen, wir haben versucht, das zu analysieren. Wir orten verschiedene Ursachen: Eine könnte z. B. sein, dass die potenziellen Projektträger zu wenig Kenntnis von diesem Programm haben, also ein kommunikatives Problem.

Dann ein wesentliches Kriterium für die Förderfähigkeit von Projekten ist die Sicherstellung einer ökonomischen, nachhaltigen Umsetzung. Und da braucht es auch gewisse Eigenmittel. Oft stellen wir fest, dass die Eigenmittel schlicht und einfach nicht vorhanden sind. Ich möchte bestreiten, dass wir das vernachlässigt haben. Es ist aber ja vorgesehen, dass der Bund dieses Programm jetzt vom Pilotprojekt in ein ordentliches Programm überführt und für die nächste Periode 2024/2027 auch die entsprechenden Mittel spricht. Wir sind derzeit dabei, unser Umsetzungsprogramm dazu zu erarbeiten, wird noch im Juli von der Regierung verabschiedet. Und es ist nicht unsere Absicht, dies zu vernachlässigen. Und im Übrigen, bei diesem Punkt haben wir auch nie mit Ressourcen argumentiert. Das war eher bei der Standortförderung, da diese Abteilung innerhalb des AWT diese Ressourcenprobleme nicht hatte.

Standesvizepräsident Caluori: Kommen wir zum Regierungsziel 12, Digitale Transformation. Entwicklungsschwerpunkt 12.1, Förderung der digitalen Transformation: Wirtschaft und Standort. Herr Kommissionspräsident.

ES 12.1 Förderung der digitalen Transformation: Wirtschaft und Standort

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Brunold, Sie haben das Wort.

Brunold: Ich spreche zur Massnahme Förderkonzept Ultrahochbreitband umsetzen und die Regionen bei der Erarbeitung von regionalen Erschliessungskonzepten begleiten. Gemäss den regionalen Erschliessungskonzepten möchten die meisten Regionen deutlich mehr Objek-

te erschliessen, als dies mit dem vorliegenden Förderkonzept geplant ist. Gerne möchte ich die Regierung anfragen: Wie sieht das weitere Vorgehen aus und werden die finanziellen Mittel erhöht oder die Ziele allenfalls redimensioniert?

Cola Casaulta: Gerne möchte ich zwei Fragen zum Regierungsziel Nummer 12, Digitale Transformation, stellen, konkret GRdigital. In zwei Jahren Aufbauphase plus operative Phase wurden 13 Gesuche gefördert, eine Gesamtsumme von zirka 4,8 Millionen Franken. Der Topf enthält jedoch 40 Millionen Franken. Frage Nummer eins: Ein Jahr Aufbau, ein Jahr operative Erfahrung. Wie zufrieden sind Sie mit dem Konstrukt GRdigital? Sehen Sie schon gewisse Anpassungsmassnahmen/möglichkeiten, um den Digitalisierungsschub zu beschleunigen? Frage Nummer zwei: Von der Eingabe bis zu der Genehmigung vergeht sehr viel Zeit, und dies ist eine grosse Bürokratie. Aktuell sind 69 Gesuche offen. Wie lange dauert es, bis die Gesuche abgearbeitet sind? Wie gedenken Sie, diesen Prozess zu beschleunigen? Vielen Dank für Ihre Antwort.

Standesvizepräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann übergebe ich das Wort der Regierungsbank, Regierungsrat Caduff.

Regierungsrat Caduff: Ich beginne mit der Frage von Grossrat Brunold betreffend Ultrahochbreitbanderschliessung, Förderkonzept usw. Wie Ihr vielleicht den Medien entnehmen konnten, konnten wir ein erstes solches Konzept oder ein solches Gesuch letzte oder vorletzte Woche in der Regierung verabschieden, positiv beurteilen. Es handelt sich um das Erschliessungskonzept der Region Prättigau/Davos, welches als mustergültig zu bezeichnen ist. Ich glaube, wir haben einen Weg gefunden, nach langem Hin und Her. Wir hatten ja die Diskussion hier im Grossen Rat: Objektansatz versus flächige Erschliessung. Eine flächige Erschliessung hätte bedeutet, dass wir da die gesetzliche Basis hätten ändern müssen, und auch die Frage der Mittel wäre dann zu klären gewesen. Wir haben nun einen Weg gefunden, behaupte ich mal. Und die Region Prättigau/Davos hat das so praktiziert, indem wir schauen, was erschliesst der Markt so oder so, also wo spielt der Markt. Dort werden wir nicht fördern, finanziell unterstützen, sondern wir definieren dann nur, oder wir nicht, sondern die Region tut es, definiert jene Objekte, welche der Markt nicht erschliesst, also wo kein Markt besteht. Das kann man dann auch als kommunaler Service Public bezeichnen. Und diese Objekte sind zu bezeichnen und dort können wir dann einen Beitrag leisten, damit diese erschlossen werden können. Letztlich wird es eine Kombination sein von den Erschliessungskosten zwischen öffentlicher Hand, den Kommunikationsanbietern und auch demjenigen, der den Anschluss im Haus möchte. Also es wird eine Aufteilung sein. Man kann wahrscheinlich das Konzept der Region Prättigau/Davos nicht eins zu eins auf alle Regionen übertragen, weil die Voraussetzungen doch unterschiedlich sind. Es ist aber beispielsweise, und da schaue ich Grossrat Sax an, auch die Gemeinde Obersaxen Mundaun daran, ein Pilot, sage ich dem, am

Ausrollen, wo wir auch Möglichkeiten prüfen, ob die öffentliche Hand in diese Infrastruktur investiert und nachher die Leitungen dann den Kommunikationsanbietern vermietet, für 30 Jahre z. B. Und so kommt ein Teil, ein Drittel, die Hälfte der Investitionskosten zurück und die andere Hälfte teilen wir dann wiederum auf zwischen öffentlicher Hand und Hauseigentümer.

Also, wir haben hier, meine ich, Modelle gefunden, die es erlauben, mit dem bestehenden Gesetz das umzusetzen und welche es auch erlauben, die bestehenden Mittel, oder ich muss es anders sagen, die bestehenden Mittel sollten genügen, wenn wir dieses Konzept fahren, gemäss ersten Hochrechnungen. Also, wir haben hier etwas eine Abkehr vornehmen müssen, nachdem wir tatsächlich lange hin und her geübt haben, probiert haben. Ich glaube aber, wir haben jetzt einen guten Weg gefunden, und der hier anwesende Grossrat Hartmann kennt das Konzept Prättigau besser als ich. Sie können dann auch ihn fragen, weil er hier sehr involviert ist. Wir haben ihn ja auch gebeten, andere Regionen, wenn dann der Wunsch besteht, zu, ich möchte nicht sagen beraten, doch, beraten, wie man es machen könnte. Also, das ist ein sehr gutes Beispiel. Kompliment der Region Prättigau/Davos.

Dann zur zweiten Frage von Grossratsstellvertreterin Cola: Wie zufrieden bin ich mit dem bisherig Geleisteten von GRdigital? Das ist eine schwierige Frage. Es war eine Zangengeburt. Es war nicht ganz einfach. Wenn man ein neues Förderinstrument aufbaut, neue Förderkriterien aufbaut oder definiert, das einer Organisation ausserhalb der Verwaltung vergibt, welche keine Erfahrung damit hat, dann ist das ein Prozess, der etwas dauert, bis man sich findet und bis man auch die Kriterien geschärft hat. Es ist ein iterativer Prozess, welcher immer oder welcher noch andauert. Es ist aber nichts Neues. Wir stellen auch bei den 80 Millionen Franken fest, die wir ja einmal gesprochen haben, am Anfang werden allerlei Gesuche eingereicht, weil man nicht genau weiss, wie die Kriterien ausgestaltet werden. Es könnte etwas trivial sein. Man versucht es einfach mal. Man reicht einfach mal ein. Vielleicht gibt es ja etwas, vielleicht auch nicht. Und so ist auch die grosse Flut an Gesuchen zu erklären, welche eingegangen ist und da einen gewissen Rückstand mit sich gebracht hat. Man muss ja auch sehen, die Gesuche wurden schon eingereicht, bevor wir die entsprechenden Gremien aufgebaut hatten, also bevor ein Verein GRdigital gegründet wurde, bevor ein Vorstand bestellt werden konnte, bevor die mittlerweile etwa 60 Fachexperten bezeichnet werden konnten. Also das dauerte halt alles etwas, bis diese Leute gefunden werden konnten, bis die entsprechenden Gremien besetzt werden konnten.

Währenddessen wurden aber schon Gesuche eingereicht, und da ist ein gewisser Rückstand jetzt halt vorhanden. Es musste sich im Übrigen auch einspielen. Wie funktioniert es zwischen Verwaltung und dem Verein, den Fachräten? Wie ist das Spiel hier? Ja, wenn jemand mit der Beurteilung des Vereins nicht einverstanden ist oder, was beispielsweise passiert, wenn der Verein sagt, wir können hier keine Förderempfehlung aussprechen? Reicht man es trotzdem bei der Regierung ein oder nicht? Also, das sind alles Fragen, die geklärt werden

müssen und wir waren in sehr engem Austausch mit den Verantwortlichen des Vereins.

Wie viel Zeit vergeht? Also, wir hatten Gesuche, die ab Einreichung bis Beschluss, da dauerte es, meine ich, das Schnellste war sechs Wochen oder zwei Monate. Aber ich bin mir bewusst, es gibt auch andere, da waren es viel mehr Monate. Die Arbeit, die Beurteilung der Gesuche passiert beim Verein GRdigital. Wir versuchen, dort zu optimieren, helfen ihnen, unterstützen sie. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht eine konkrete Zahl sagen, sondern, oder wenn Sie das möchten, dann müsste ich das noch einmal abklären, wie lange es jetzt im Durchschnitt dauert, bis ein Gesuch beurteilt werden kann. Hängt auch von der Qualität der Unterlagen ab, die eingereicht werden. Oder, wenn die Unterlagen sehr gut sind und wir nicht eine Zusatzschleife machen müssen, nicht zusätzliche Rückfragen stellen müssen, dann geht es schneller. Wenn die Qualität aber nicht gegeben ist und wir x Rückschlaufen, Rückfragen machen müssen, dann dauert es einfach auch länger. Und zum Teil war auch eine gewisse Haltung vorhanden, dass man sagt, ah, jetzt hat man 40 Millionen Franken und das wird gesprochen, ohne dass man es gross prüft. Nein, wir vergeben öffentliche Mittel, wir vergeben Steuermittel, und ich glaube, wir alle als Steuerzahler haben den Anspruch, dass hier seriös geprüft wird, ob hiermit auch der gewünschte Effekt, wie es vom Gesetz postuliert wurde, erzielt und erreicht wird. Von daher ist eine gewisse Bürokratie, wenn man das so nennen möchte, nicht zu vermeiden. Denn wir brauchen irgendwelche Unterlagen, welche die Experten prüfen können.

Stiffler: Ich möchte einfach nochmals kurz nachfragen. Mich hat die Antwort, Herr Caduff, nicht ganz, ganz befriedigt. Ich war ja auch immer sehr, sehr kritisch in meinen Voten, habe aber damals den 40 Millionen Franken auch zugestimmt. Wir haben damals im Gesetz über einen Digitalisierungsschub gesprochen. Und wenn wir jetzt dieses eine Jahr abziehen, das es sehr wohl gebraucht hat im Aufbau der Organisation, da habe ich auch sehr viel vertieftes Verständnis aufbauen können. Ich habe viele Fragen gestellt und viele Gespräche geführt und ich sehe auch, dass das sehr seriös abgewickelt wird. Also, ich habe schon Verständnis, dass es das gebraucht hat. Aber jetzt schenken wir dieses Jahr oder ziehen das ab, dann reden wir jetzt von einem Jahr. Wir reden von rund vier oder vielleicht sind es auch fünf geförderten Millionen Franken. Wenn ich das jetzt hochrechne, rein linear, dann dauert das noch zehn Jahre, bis wir die 40 Millionen Franken ausgegeben haben. Und ich sehe einfach den Digitalisierungsschub noch nicht ganz und frage einfach Herrn Caduff jetzt doch nochmals an. Also, das ist Ihnen ja auch bewusst und Sie haben ja auch viele Gespräche mit GRdigital. Können Sie uns doch noch etwas darüber erzählen? Was sind denn die nächsten Massnahmen, das zu verbessern, damit wir auch wirklich einen Schub haben? Und ein Schub sollte ja in den nächsten zwei, drei, vier Jahren stattfinden.

Regierungsrat Caduff: Ja, gut, es ist nicht die Regierung oder der Kanton, welche Projekte einreichen. Also, da-

mit ein Schub passiert, sind wir darauf angewiesen, dass potenzielle Projektträger, Projektanten, Projekte einreichen, die wir dann fördern können. Wir als Kanton können gemeinsam mit dem Verein GRdigital versuchen, die Prozesse zu optimieren, auch die Schnittstellen zwischen Fachräten, zwischen Vorstand des Vereins und den jeweiligen internen Dienststellen, welche ja letztlich den RB aufarbeiten müssen, zu optimieren, zu beschleunigen. Aber, wenn Projekte einfach noch nicht reif sind oder wenn die Unterlagen oft mangelhaft sind und man das Ganze noch nicht beurteilen kann, dann können wir hier nicht, glaube ich, viel machen.

Sie haben es gesagt, Grossrätin Stiffler. Wir sind im regen Austausch mit dem Verein GRdigital. Wir haben in letzter Zeit auch einige Pilotprojekte fördern können und wenn die Pilotprojekte erfolgreich sind, dann kommt dann nachher die Umsetzung des effektiven Projekts. Also, ich glaube, in den nächsten zwei bis drei Jahren kommt dieser Schub bei einigen Projekten und in einigen Bereichen. Aber ich glaube, wir sind darauf angewiesen, dass auch Projekte eingereicht werden, welche wir beurteilen können. Unsere Verantwortung, unsere Aufgabe ist es, diese Prozesse der Beurteilung, der Bewilligung oder eben der Rückweisung möglichst rasch und effizient durchzuführen.

Standesvizepräsident Caluori: Dann fahren wir mit dem Entwicklungsschwerpunkt 12.2, Förderung der digitalen Transformation: Bildung, fort. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standesvizepräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierung? Somit stelle ich zuhanden des Protokolls fest, dass wir nun alle Entwicklungsschwerpunkte behandelt haben. Ich frage Sie nochmals an, möchte jemand auf einen Entwicklungsschwerpunkt zurückkommen? Wenn dies nicht der Fall ist, stelle ich fest, dass der Grosse Rat von der Erfolgskontrolle des Jahresprogrammes 2022 Kenntnis genommen hat.

Beschluss

1. Der Grosse Rat nimmt von der Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2022 (Seiten 19 bis 61) Kenntnis.

Standesvizepräsident Caluori: Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Schlusswort.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich bedanke mich für das Schlusswort und bedanke mich bei allen Grossrätinnen und Grossräten für die interessante Diskussion und die Fragen zur Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2022. Danke auch unserem Regierungspräsidenten Peter Peyer, seinen Mitarbeitern der Standeskanzlei für die gute Zusammenarbeit sowie unserem Ratssekretariat des Grossen Rats mit Patrick Barandun, Gian-Reto Meier-Gort und seinen Mitarbeiterinnen. Natürlich danke ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen der Kommission für Strategie und Staatspolitik für die sehr gute und kollegiale Zusammenarbeit.

Standesvizepräsident Caluori: Nun schalten wir eine Pause ein bis 16.30 Uhr.

Pause

Standesvizepräsident Caluori: Darf ich Sie nochmals bitten, Platz zu nehmen? Wir möchten beginnen. Ich bitte um Ruhe. Ich möchte Sie bitten, in Zukunft pünktlich nach der Pause zurück zu sein. Wir möchten gerne fortfahren. Als erstes gewähre ich auf vielseitigen Wunsch Tenue-Erleichterung. Wir werden die Debatte mit der Jahresrechnung weiterführen und ich gedenke, bis 17.30 Uhr heute Abend zu debattieren, da nachher noch das Parlament en moviment stattfindet. II. Jahresrechnung 2022. Die vorberatende Kommission ist die Geschäftsprüfungskommission unter dem Präsidium von Grossrat Tino Schneider. Wir kommen nun zur effektiven Jahresrechnung. Wir behandeln zuerst wiederum das Eintreten, und zwar gesamthaft, zum Bericht der Regierung bis zur Rechnung der Arbeitslosenkasse. Dies sind die Seiten 63 bis 427 der Rechnung. GPK-Präsident Schneider, Sie haben das Wort zum Eintreten.

Jahresrechnung und Geschäftsberichte 2022 Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung, Departemente und richterliche Behörden

Eintreten

Antrag GPK, Regierung, Kantons- und Verwaltungsgericht
Eintreten

Schneider; GPK-Präsident: Die Geschäftsprüfungskommission hat die Jahresrechnung 2022 zuhanden des Grossen Rats vorberaten. Die Ausführungen und Anträge der GPK zur Jahresrechnung 2022 finden Sie neben anderen Angaben zum Amtsjahr 2022/2023 im Tätigkeitsbericht der GPK, dem schönen handlichen gelben Büchlein. Ich gehe an dieser Stelle nur auf einige ausgewählte Punkte zur Jahresrechnung 2022 ein. Diese weist in der Erfolgsrechnung einen Ertragsüberschuss von 205,6 Millionen Franken aus. Ohne die vom Grossen Rat beschlossene Aufstockung der Reserve für den Bau des Fachhochschulzentrums Graubünden in Chur wäre dieses noch um die dafür benötigten 60 Millionen Franken besser ausgefallen. Die Finanzierung des Baus des Fachhochschulzentrums Chur wird aufgrund der gebildeten Reserven kommende Jahresrechnungen nicht belasten. Diese Thematik wurde von der GPK bereits im Zuge der Behandlung der Jahresrechnung 2018 aufgenommen. Dies, da im HRM2 Vorfinanzierungen grundsätzlich nicht mehr vorgesehen sind, da sie aufgrund der Umstellung auf lineare Abschreibungen nicht mehr nötig seien und weil sie dem Grundprinzip, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, nicht entsprechen. HRM2 sieht Vorfinanzierungen im Grundsatz nur noch für Gemeinden vor, um die finanzielle Belastung von

grossen Vorhaben auf mehrere Jahre zu verteilen. Das Finanzhaushaltsrecht schliesst die Reservenbildung für Vorfinanzierungen nicht grundsätzlich aus. Dem Sinn und Zweck von HRM2 wird aber für die kantonale Jahresrechnung nicht entsprochen, da bei erwähntem Fall keine Verteilung der Lasten auf mehrere Jahre, also ein Ansparen erfolgt, und diese auf Grund der Finanzausstattung des Kantons auch nicht notwendig ist. Es fragt sich aus Sicht der GPK deswegen weiterhin, wie bereits im Jahre 2019, ob es künftig nicht anzustreben wäre, unter HRM2 auf die Bildung von Vorfinanzierungen, also Reserven, grundsätzlich zu verzichten.

Nun, weiter zur Jahresrechnung 2022. Der Kantonshaushalt 2022 erfuhr durch die Covid-19-Pandemie und die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine erfass- und abschätzbare Mehrbelastungen von brutto 35,6 Millionen Franken. Insgesamt ergibt sich durch die beiden Ereignisse, nach Abzug der Bundesanteile, eine Mehrbelastung von netto 8,7 Millionen Franken, welche deutlich unter den Erwartungen bei der Einholung der erforderlichen Nachtragskredite liegt. Die Botschaft der Regierung zur Jahresrechnung 2022 enthält im Kapitel 2.3.1 und 2.3.2 Ausführungen zu den abschätzbaren Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und des Ukraine-Kriegs auf den Kantonshaushalt. Neben diversen Minderaufwendungen trugen teils nicht selbst beeinflussbare Mehrerträge zum guten Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung 2022 bei. Dazu gehören unter anderem die wie erwartet sechsfache Gewinnausschüttung der SNB oder der über der Erwartung liegende Steuerertrag, insbesondere bei den Steuern der natürlichen Personen oder bei den Grundstückgewinnsteuern.

In der Investitionsrechnung 2022 ergaben sich Nettoinvestitionen von 196,4 Millionen Franken. Diese liegen deutlich unter dem Budget, aber über dem Vorjahreswert. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 213,3 Prozent. In der Spezialfinanzierung Strassen konnten die angestrebten Investitionen auch im Jahr 2022 nicht im budgetierten Umfang getätigt werden. So war aufgrund der Bestandsobergrenze von 100 Millionen Franken eine Übertragung von 1,4 Millionen Franken in den allgemeinen Finanzbereich zu tätigen und die budgetierte Zuweisung aus allgemeinen Staatsmitteln von 20,8 Millionen Franken entfiel gänzlich. Mit der Jahresrechnung 2022 können gemäss Bericht der Regierung alle acht finanzpolitischen Richtwerte eingehalten werden. Das Eigenkapital steigt auf beinahe 3,1 Milliarden Franken. Die Regierung stuft Eigenkapital im Umfang von 1284 Millionen Franken als verfügbar, und davon 735,7 Millionen Franken als frei verfügbar ein. Die Regierung hat die verwendeten Grössen frei verfügbares Eigenkapital und zweckgebundenes Eigenkapital in Art. 2b der Finanzhaushaltsverordnung definiert und erläutert. Es handelt sich nicht um einen Bestandteil der Rechnungslegung, sondern um eine rein finanzpolitische Betrachtungsweise.

Mit der Jahresrechnung 2022 unterbreitet die Regierung dem Grossen Rat auf Seite 102 der Botschaft auch eine Kurzbotschaft für einen neuen Verpflichtungskredit für die Instandsetzung des Milchvieh- und Aufzuchtstalls Waldau Tignez in der Höhe von 8,5 Millionen Franken. Das Bundesamt für Justiz unterstützt das Bauprojekt

voraussichtlich mit einem Baubeitrag von rund 2 Millionen Franken. Gemäss Angaben der Regierung in der Botschaft für die Jahresrechnung 2022 ist für 2023 trotz der fehlenden Gewinnausschüttung der SNB wiederum mit einem positiven operativen Ergebnis zu rechnen. Insbesondere, weil die kantonseigenen Steuererträge das hohe Vorjahresniveau erreichen sollten. Allerdings zeigen die Szenarien, dass in der Zeit von 2024 bis 2026 grosse Unsicherheiten bestehen, die zu möglichen Schwankungen führen. So öffnet sich ein grosser Fächer möglicher Entwicklungen. Wie schon bei früherer Gelegenheit dargelegt, ist der Erhalt von ausreichenden Gestaltungsspielräumen von Bedeutung, um auf die jeweilige Entwicklung reagieren zu können.

Nach der Covid-19-Pandemie hat sich im Jahr 2022 mit den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine eine weitere ausserordentliche Situation ergeben, welche auch bei der Kantonalen Verwaltung besondere Anstrengungen erforderte. Daneben mussten sich die zuständigen Stellen Gedanken hinsichtlich einer drohenden Energiemangel-lage machen und die erforderlichen Vorkehrungen treffen. Im Namen der GPK möchte ich an dieser Stelle allen betroffenen Personen für den Einsatz zur Bewältigung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine sowie für die Vorbereitungen auf eine mögliche Energiemangel-lage danken. Die GPK ist für Eintreten und unterstützt die Anträge der Regierung und der Gerichte.

Standesvizepräsident Caluori: Weitere Mitglieder der GPK? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Baselgia, Sie haben das Wort.

Baselgia: Die SP-Fraktion hat Kenntnis genommen von der neusten Jahresrechnung und stellt fest, alles beim alten. Oder wie mein Vorgänger jeweils zu sagen pflegte: Und jährlich grüsst das Murmeltier. Wir budgetieren Defizite und machen satte Gewinne. Genau so habe ich vor einem Jahr mein Votum begonnen. Und genau so werde ich oder meine Nachfolgerin, mein Nachfolger dieses Votum weiter halten können. Eigentlich könnte ich damit aufhören, wenn da nicht zwei Dinge wären: Erstens die Zahlen. Sie sind noch einmal deutlich höher als letztes Jahr. Ein Rekordergebnis, wie die Regierung schreibt. Operatives Ergebnis 205,6 Millionen Franken, heisst 70 Millionen Franken mehr als letztes Jahr. Steuereinnahmen 910 Millionen Franken, heisst 90 Millionen Franken mehr als letztes Jahr. Frei verfügbares Eigenkapital 735 Millionen Franken, heisst 108 Millionen Franken mehr als letztes Jahr. Und ein sagenhafter Selbstfinanzierungsgrad von 213 Prozent. Bis hierhin ist das eigentlich alles positiv zu werten und wir danken der Regierung und der Verwaltung für das Erreichen eines so guten Ergebnisses. Wenn da nicht mein Punkt zwei wäre. Ausführungen zu Punkt zwei: Ich frage Sie nämlich an, geschätzte Regierung, wie kommt man angesichts dieser blendenden Zahlen auf die Idee, bei der Bildung zu sparen? Ich habe keine Ahnung. Aber genau das wird in unserem Kanton gemacht.

Lassen Sie mich drei kleine Beispiele nennen: Wie kommt das EKUD oder die Regierung dazu, bei Ausbildungsangeboten am Gymnasium die Mindestteilneh-

mendenzahlen bei Ergänzungsfächern zu erhöhen? Und das wohlverstanden, obwohl aktuell die kleinsten Jahrgänge davon betroffen sind. Die Folge davon ist, dass Ergänzungsfächer, welche in den letzten Jahren, in den letzten zehn Jahren, immer durchgeführt worden sind, dieses Jahr nicht stattfinden sollen. Eine vernünftige Regierung muss da angesichts der letzten Jahresergebnisse umgehend korrigieren. Zweitens: Ähnliches passiert auch an den gewerblichen Berufsschulen in Graubünden. Da können aufgrund von angehobenen, verschärften Mindestzahlen gewisse Berufsausbildungen nicht mehr angeboten werden. Es ist schon klar, dass man hinschauen muss und eine bestimmte Anzahl Lernende vorhanden sein soll. Aber dass angesichts der fehlenden Fachkräfte in allen Berufssparten unsere Jugendlichen ihre Ausbildung teilweise ausserkantonally absolvieren müssen, ist nicht nachvollziehbar. Das führt dazu, dass junge Leute gewisse Ausbildungen gar nicht mehr wählen, respektive dass sie ihren Wunschberuf ausserkantonally verwirklichen. Wir brauchen aber alle Berufslernenden und späteren Arbeitskräfte hier im Kanton. Dazu ist eben ein Auftrag Heini eingereicht worden, welcher dieses wichtige Thema aufgreift.

Drittens: Die Sonderschulinstitutionen in unserem Kanton sind voll belegt. Und die Regierung ist nicht bereit, hier sofort und dauernd Abhilfe zu schaffen. Das führt dazu, dass die Regelklassen in den Gemeinden Kinder mit Verfügungen für externe Sonderschulung weiter beschulen müssen, obwohl dies die Möglichkeit der an und für sich gut funktionierenden Integration deutlich sprengt. Es führt aber auch dazu, dass einzelne Kinder überhaupt nicht mehr beschult werden in unserem Kanton. Das ist ein unhaltbarer und ungesetzlicher Zustand, welcher dringend zu korrigieren ist. Wir werden davon in dieser Session noch hören. Deshalb, einfach nochmals meine Frage, wie kommt man angesichts der exzellenten Finanzen des Kantons Graubünden dazu, bei der Bildung zu sparen?

Hohl: Zuerst ist es mir ein grosses Anliegen, der Regierung und den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung zu diesem hervorragenden Jahresergebnis zu gratulieren. Regierung und Verwaltung haben erneut mit einer hervorragenden Budgetdisziplin massgeblich zu diesem tollen Resultat beigetragen. Vielen Dank dafür. Auffällig sind für mich aber auch ein paar weitere Positionen in der Jahresrechnung, Kollegin Baselgia hat diese teilweise schon erwähnt. Die Steuererträge zum Beispiel: In den letzten sechs Jahren haben wir in diesem Rat massive Steuererleichterungen beschlossen. Teilweise gegen Donner und Gezeter von der Ratslinken und teilweise gegen jenes der Gemeinden. Im gleichen Zeitraum ist genau das Gegenteil dessen davon eingetreten, was prophezeit wurde. Der Fiskalertrag ist nicht eingebrochen, sondern um knapp 20 Prozent gestiegen. Der kantonale Fiskus nimmt heute rund 135 Millionen Franken mehr ein pro Jahr als 2017. Von den Gemeinden ganz zu schweigen. Sie sehen klar und deutlich, Steuersenkungen führen zu Mehreinnahmen. Dies, weil Unternehmen, welche Steuern gespart haben, diese Mittel wieder investieren und Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies aber auch, weil wir als Zweitwohnungskanton attraktiver

werden, die Schriften nach Graubünden zu zügeln. Da liegt weiter ein erhebliches Potenzial in Bezug auf die Ausnutzung von Zweitwohnungen, zur Generierung von Steuereinnahmen, aber auch zur Gewinnung von Einheimischen.

Als Nehmerkanton fällt mir aber auch die zweite Kennzahl auf, die Sie auch erwähnt haben. Das ist das verfügbare Eigenkapital. Wir verfügen über ein zweckgebundenes Eigenkapital von 550 Millionen Franken und ein freies Eigenkapital von 735 Millionen Franken, eine Reserve von fast 1.3 Milliarden Franken. Sie erinnern sich, ich habe diesen vor einiger Zeit liebevoll Speckgürtel genannt. Dieser Speckgürtel, dieser wird leider, oder leider, eigentlich schön, aber er wird immer, immer wieder grösser. In den letzten sechs Jahren um 500 Millionen Franken. Alleine schon aus diesen zwei Auffälligkeiten wird klar, dass wir aktuell vom Steuerzahler deutlich mehr Mittel einziehen, als wir benötigen. Das ist Gift, sehr geehrte Damen und Herren. Lassen Sie die Leute selber über ihr Geld verfügen. Bei unseren Steuerzahlern nützt das Geld deutlich mehr als auf den Konten der kantonalen Verwaltung. Es gibt keinen kantonalen Auftrag, in der Vermögensverwaltung tätig zu werden. Natürlich kommt dann die Ratslinke, wozu wir ja seit Jahren verlässlich auch die GLP zählen dürfen, welche uns vorhält, dass wir dringend investieren müssen. Auch dazu liefert Ihnen die Jahresrechnung eine passende Auffälligkeit. Auffällig ist nämlich, dass wieder und wieder aufgrund nicht ausgeschöpfter Investitionen die Abschreibungen deutlich tiefer ausfallen als budgetiert. Und das ist extrem unerfreulich. Wenn wir hier immer wieder davon sprechen, dass investiert werden muss, in Green Deal, in die Infrastruktur, in die Strassen, dann ist das zwar löblich. Und ich kann dies grundsätzlich unterstützen. Die Realität ist aber leider eine andere.

Wir müssen uns nämlich bewusst sein, dass, egal, was wir uns wünschen oder erhoffen, das Realisieren von Investitionen in Zukunft nicht einfacher wird. Erstens fehlen uns dazu die Fachkräfte, zum Beispiel im Bauhaupt- oder Baunebengewerbe. Es ist für mich nicht erstaunlich, dass der Kanton zu den ersten gehört, welcher dies durch ausbleibende Offerten zu spüren bekommt. Der in den letzten Jahren forcierte, fast ruinöse Preiswettbewerb und die komplizierten Ausschreibungen und Vorgaben machen es für den Planer oder den Handwerker deutlich weniger attraktiv, für die öffentliche Hand zu arbeiten. Das wird durch die neue Vergabep Praxis hoffentlich besser. Die nun aber fehlende Transparenz bei Ausschreibungen und Vergabekriterien lässt mich da jedoch bereits wieder ein bisschen zweifeln. Kollege Loi wird hier als Verbesserung aber einen Auftrag einreichen. Und wie für den Privaten werden auch für die öffentliche Hand die Bewilligungsprozesse komplizierter und weniger planbar, von der Dauer dieser Prozesse ganz zu schweigen.

Diese Suppe haben wir uns selber eingebrockt und können sie nun auch hier auslöffeln. Dass Umweltverbände oder auch nur betupfte Nachbarn sich dann noch in der Hoffnung auf Geld oder Verzögerung bis vor Bundesgericht mit Einsprachen gegen den Fortschritt und die Entwicklung wehren, das ist heute leider schon Alltag. An allen Ecken und Enden können wir die Situation in

den nächsten Jahren im Idealfall etwas verbessern oder optimieren. Dass Investieren aber nicht einfacher wird, das ist auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte hinaus Fakt. Wer das Gefühl hat, dass diese Situation sich ändern wird, dem sage ich voller Überzeugung «you are a dreamer, you».

Also, wir nehmen pro Jahr immer mehr Steuern ein. Wir haben in den letzten sechs Jahren im Schnitt rund 100 Millionen Franken pro Jahr Gewinn gemacht und legen dies bei uns auf die hohe Kante. Weil wir gleichzeitig nicht einmal so viel investieren können, wie wir wollen, rückt eine erhöhte Investitionstätigkeit in weite Ferne. Und weil auch der Kanton vom Fachkräftemangel betroffen ist und seine Stellen nicht wie gewünscht besetzen kann, kann sich sogar die SP abschminken, den Staatsapparat weiter aufzublasen, selbst wenn sie es wollte. Denn, Frau Kollegin Baselgia, es ist weiterhin wichtig, auch bei den laufenden Kosten hinzuschauen. Entsprechend bleibt als einzige Konsequenz, dass wir zu viel bezogene Mittel wieder dem Steuerzahler zurückgeben. Das können und müssen wir uns leisten. Und weil der von uns deutlich überwiesene Auftrag betreffend Steuerentlastung von Familien und Fachkräften noch einige Arbeit und Zeit in Anspruch nehmen wird, hat die FDP-Fraktion entschieden, als rasche Massnahme, welche auch jährlich wieder überprüft werden kann, in der Budgetdebatte einen Antrag zu stellen, den Steuerfuss für die Einkommens-, Vermögens- und Quellensteuer des Kantons von heute 100 Prozent auf künftig 90 Prozent der einfachen Kantonssteuer zu senken.

In einer statischen Betrachtung würden wir dadurch rund 60 Millionen Franken pro Jahr den Steuerzahlenden zurückerstatten. Aber wie die Geschichte zeigt, darf die Betrachtung nie statisch bleiben, denn Steuersenkungen führen perspektivisch tendenziell zu Mehreinnahmen. Wir können und müssen uns dies nun leisten. Und ich hoffe dabei auf überparteilichen Support, weshalb ich zum Schluss noch zum zweiten Mal heute jetzt schon, nach Kollegin Baselgia, den ehemaligen SP-Fraktionspräsidenten Conradin Caviezel zitiere, welcher vor Jahresfrist ausführte, und da zitiere ich. «Ich habe von Kollege Hohl mit Freude gehört, dass er bereit ist für überparteiliche Fragen. Ab August wird die SP die zweitstärkste Fraktion sein. Sprechen Sie mit uns. Sprechen Sie, wo man das Geld ausgeben könnte, z. B. zum Thema familienergänzende Massnahmen. Aber, und das wissen Sie auch, wir sind auch bereit für Steuersenkungen bei natürlichen Personen». Zitat Ende. Entsprechend fordere ich die SP, aber auch die anderen Parteien dazu auf: Die FDP hat bei der familienergänzenden Kinderbetreuung wortgehalten. Tun Sie es uns nun gleich, dass die Gespräche mit Ihnen verlässlich wirken.

Bettinaglio: Wir haben es vernommen, die Jahresrechnung 2022 hat hochehrfrohlich abgeschlossen. Die Eckwerte hat Kollegin Baselgia bereits aufgezeigt. Es gibt verschiedene positive Effekte, welche dazu geführt haben. Natürlich die 92,4 Millionen Franken Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank oder wie die Regierung vermerkt auch einen starken Anstieg der Steuererträge um über 90 Millionen Franken. Nicht zu vergessen, dass das gute Resultat auch trotz einmaliger grösserer

Belastung resultiert. Wie der GPK-Präsident auch ausgeführt hat, sei insbesondere die weitere Reservebildung für den Bau des Fachhochschulzentrums Chur angeführt. Dieses ist nun bereits vollständig zurückgestellt und finanziert. Der Bau wird den Kantonshaushalt also in Zukunft mit keinem einzigen Franken Aufwand mehr belasten. Und das, bevor der Bau überhaupt begonnen hat. Ich denke, das allein zeigt, wie gut der Kantonshaushalt aufgestellt ist. Auch sämtliche düstere Prognosen für das Jahr 2022 sind nicht eingetreten. Dass wir nun aber ein derart gutes Jahr abschliessen dürfen mit rekordhohen Steuererträgen zeigt, wie robust unser Kantonshaushalt aufgestellt ist.

Die Regierung geht in ihrem Ausblick zudem davon aus, dass die Steuererträge auch im Jahr 2023 auf diesem Niveau bleiben werden. Bereits im letzten Jahr startete die Diskussion über die Verwendung der Überschüsse. Und diese wird mit diesem Jahresergebnis, wir haben es gehört, natürlich nochmals angefeuert. Ich habe bereits früher in diesem Rat darauf hingewiesen, dass wir einen strukturellen Überschuss im Kantonshaushalt haben. Und dieser muss nun, wie Kollege Hohl ausgeführt hat, endlich angegangen werden. Klar weist die Regierung auch in dieser Jahresrechnung auf den enger werdenden Finanzrahmen hin aufgrund verschiedener Entwicklungen. Ich gehe hier nicht im Detail darauf ein. Die Mitte Graubünden ist sich bewusst, dass es noch einige Herausforderungen in unserem Kanton gibt und auch künftig geben wird. Hier denken wir an die Finanzierung des Green Deals, an unsere Strasseninfrastruktur in den Tälern, sei es mit Umfahrungen, Zufahrtstrassen, Tunnels, Galerien, oder auch die Herausforderung in der Finanzierung des Gesundheitswesens.

An dieser Stelle möchte ich auf einen zentralen Punkt im Zusammenhang mit der Ansammlung der Überschüsse oder des Speckgürtels, wie Kollege Hohl es nennt, hinweisen. Wir verfügen über ein frei verfügbares Eigenkapital von 735, fast 736 Millionen Franken. Wir haben es gehört. Weiter lesen Sie in der Jahresrechnung und dem GPK-Bericht, dass die Steuereinnahmen für die Steuerperiode 2022 nicht in der Rechnung 2022 enthalten sind. Damit verfügen wir über eine weitere Reserve von rund 2,6 Milliarden Franken. Durch die guten Jahresergebnisse haben wir so frei verfügbare Reserven von 3,3 Milliarden Franken angehäuft. Was nützen uns nun diese 3,3 Milliarden Franken Überschüsse? Ich sage es Ihnen. Gehen die politischen Diskussionen weiter ihren gewohnten Lauf, nützen uns diese Überschüsse gar nichts. Sind wir nämlich nicht bereit, künftig über einen bestimmten Zeitraum Defizite auszuweisen, können wir diese Reserve nie abbauen. Und damit nützt sie uns auch nichts. Das muss man sich bewusst sein. Wir haben also strukturelle Überschüsse und eine Reserve angesammelt, welche nur mit Defiziten abgebaut werden kann. Ich plädiere also dafür, in den kommenden Debatten nicht Steuersenkung gegen die Ausweitung von Aufgaben oder neue Aufgaben des Kantons auszuspielen. Die Diskussion soll offen und in beide Richtungen geführt werden.

Dazu liefere ich auch einen kleinen Gedankenanstoss: Wir müssten in den kommenden 15 Jahren jährlich ein Gesamtdefizit von 220 Millionen Franken ausweisen,

damit wir das frei verfügbare Eigenkapital und die Steuerertragsreserve aufbrauchen würden. Damit will ich sagen, Spielraum für Steuersenkungen und notwendige zusätzliche Ausgaben ist vorhanden. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und wird die Anträge zur Jahresrechnung unterstützen.

Stocker: Eigentlich wollte ich nach meinem Kollegen Dürler sprechen, aber Sie haben ihn dann wohl übersehen. Nun gut, in der Jahresrechnung heisst es, das rekordhohe Jahresergebnis 2022 und die Aussichten für das Rechnungsjahr 2023 sind erfreulich. Weiter steht aber auch, die gute Ausgangslage darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass für die kommenden Jahre mit einem enger werdenden Finanzrahmen zu rechnen ist. Dass in Zukunft mit einem enger werdenden Finanzrahmen zu rechnen sei, war auch schon in der Jahresrechnung 2021 enthalten. Es ist also keine Neuigkeit, dass in Zukunft engere Budgets gelten sollen. Wenn wir aber die Rechnung mit diesem, ja, wenn wir die Rechnung 2022 mit diesem Rekordergebnis als Vorbote für künftige Rechnungen beiziehen, dann mache ich mir also absolut keine Sorgen um unseren Finanzhaushalt. Aber auch in Anbetracht der realen Herausforderungen, die es zu bewältigen gab und noch zu bewältigen gibt, zu nennen sind Arbeitskräftemangel, steigende Prämien, wegfallende SNB-Ausschüttungen, die Teuerung, mögliche Rezession.

Wir stehen trotzdem sehr gut da: Ein Gewinn von über 200 Millionen Franken im letzten Jahr, ein geschätztes operatives Ergebnis von 50 bis 100 Millionen Franken in diesem Jahr, unser Eigenkapital steigt an und beträgt über 3 Milliarden Franken, was ebenfalls ein Rekord ist. Das frei verfügbare Eigenkapital, wir haben es gehört, beträgt 735 Millionen Franken und gibt uns da auch das nötige Polster für diese künftigen Herausforderungen. Und auch wenn das vielleicht nicht alle gerne hören, und da knüpfe ich an, was Kollege Bettinaglio gesagt hat, nur ein Jahresverlust liesse sich mit diesem Eigenkapital, oder eben ein Jahresverlust liesse sich mit diesem Eigenkapital auch gut verkraften. Doch dieser Jahresverlust steht gar nicht zur Diskussion, weil wir ja bekanntlich nicht das Budget diskutieren, sondern die Jahresrechnung. Als Politiker habe ich eine zweigeteilte Haltung zu diesem Rekordergebnis. Auf der einen Seite freut es mich, wenn ich sehe, dass die budgetierten Einnahmen fast vollständig erreicht und die budgetierten Ausgaben, seien sie nötig gewesen oder nicht, deutlich unterschritten wurden, ein Minus von 340 Millionen Franken. Auf der anderen Seite sehe ich aber unsere lieben Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die unseren Etat finanzieren dürfen oder müssen. Und für mich ist diese Sichtweise der treibende Punkt: Wir haben als Kanton einen gesetzlichen Auftrag in Sachen Haushaltsgleichgewicht, der besagt, dass das Ergebnis der Erfolgsrechnung mittelfristig ausgeglichen sein soll. Ja, es fragt sich nur, wie man mittelfristig und wie man ausgeglichen definiert.

In der Botschaft zum Finanzhaushaltsgesetz finden wir die Information, dass mit mittelfristig drei bis fünf Jahre definiert sind. Wir könnten auch, wie das heute modern ist, ChatGPT befragen, was denn mittelfristig ausgeglichen heisst. Aber ich habe das Gefühl, das ist gar nicht

nötig, denn ausgeglichen, das ist ziemlich einfach: Wenn sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten oder eben Aufwandüberschüsse und Einnahmenüberschüsse in besagtem Zeitraum, dann reden wir von ausgeglichen. Kurzum, in drei bis fünf Jahren muss eine schwarze Null dastehen, und davon sind wir beileibe sehr weit entfernt. Es reicht ein Blick auf den Bericht der Regierung auf der Seite 66, wo die Ergebnisse auch grafisch gut verständlich dargestellt sind.

Damit wir aber diesem Ziel der ausgeglichenen Jahresrechnung näherkommen, gibt es einen richtigen und einen falschen Weg. Zuerst zum falschen Weg, den wir als Kanton hoffentlich nicht beschreiten: Die Ausgaben werden den hohen Einnahmen angepasst, um die Ausgeglichenheit herbeizuführen. Wir würden damit im Widerspruch zu unseren Finanzhaushaltsgrundsätzen stehen, namentlich die Sparsamkeit und gewissermassen auch die Wirtschaftlichkeit untergraben. Wir würden mit den steigenden Kantonsausgaben die Staatsquote weiter ansteigen lassen, was ganz klar nicht im Sinne des Rats sein dürfte. Ja, wie sieht nun der richtige Weg aus? Und da kann ich wahrscheinlich daran anknüpfen, was Kollege Hohl gesagt hat. Wir brauchen eine Steuersenkung für die natürlichen Personen. Eine Steuerfussenkung mit dem nächsten Budget verbunden mit strenger Ausgaben disziplin und dem Grundsatz der Sparsamkeit wird dazu beitragen, dass die Ergebnisse mittelfristig wirklich ausgeglichen sein werden und unser solides und positives Eigenkapital nicht übermässig zunimmt.

Gewissermassen wäre diese längst fällige Steuerfussenkung, das habe ich aber bereits in der letzten Budgetdebatte ausgeführt, nichts anderes als eine Gewinnbeteiligung für unsere, in Anführungs- und Schlusszeichen, Aktionäre, also die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wenn eine Aktiengesellschaft ein gutes Jahr hatte, beteiligt sie ihre Aktionäre durch die Dividendenausschüttung an diesem Erfolg. Da wir das in dieser Form natürlich nicht können, wissen Sie selber, dass eine Steuerreduktion unumgänglich ist. Der positive Nebeneffekt, und der ist da nicht minder wichtig, wäre, dass die Staatsausgaben nicht weiter steigen und wir so endlich die Staatsquote stabilisieren und eben senken könnten. Ich bin mir bewusst, und da nehme ich dann vielleicht auch schon die Rückmeldung des Regierungsrats vorweg, die Staatsquote ist im letzten Jahr gesunken, das ist nicht an mir vorbeigegangen. Und das nehme ich auch erfreut zur Kenntnis. Aber nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass es Gründe gab, weshalb es dazu gekommen ist.

Wir haben erstens zwei Corona-Jahre hinter uns, welche die Gesamtausgaben steigen liessen. Zweitens konnten die Ausgaben im 2022 gesenkt werden entgegen der Budgetierung und drittens haben wir ein Bruttoinlandsprodukt, welches inflationsbedingt zugenommen hat. Wenn also der Zähler abnimmt und der Teiler gleichzeitig zunimmt, dann ist das Ergebnis der Staatsquote positiver. Und wenn sich dieser Trend fortsetzt, dann kann ich mich beruhigt zeigen. Ich möchte nun zum Schluss meiner Ausführungen kommen. Eintreten ist aus Sicht der SVP-Fraktion nicht bestritten. Das Ergebnis ist erfreulich. Wir nehmen das unter Berücksichtigung dieser Ausführungen auch gerne so zur Kenntnis. Gleichzeitig erwarten wir auch, dass mit dem Budget 2024 den sehr

guten Ergebnissen gebührend Rechnung getragen wird. Und daher ist unsere Forderung klar, ich kann sie wiederholen. Es braucht eine Steuerreduktion für natürliche Personen und wir tun damit etwas für eine tiefe Staatsquote, entlasten namentlich Familienbudgets und sorgen für eine insgesamt tiefe Steuerbelastung.

Dürler: Die SVP-Fraktion bedankt sich für die gewohnt aussagekräftigen Dokumente und die geleistete hochwertige Arbeit im Finanzdepartement. Mir geht es mindestens in einem Punkt wie Kollegin Baselgia und es zeigt sich, dass die Speichern-unter-Funktion im Word halt schon noch Vorteile hat. So können wir doch tatsächlich viele Argumente aus den Vorjahren für diese Eintretensdebatte zur Jahresrechnung erneut verwenden. Als Finanzchef von Maienfeld habe ich für viele Finanzübungen Verständnis. Und ich denke, wir alle können sehr dankbar sein, dass eine gesunde finanzielle Struktur im Kanton vorhanden ist. Der GPK-Präsident hat einleitend dazu die berechtigte Frage betreffend Verzicht auf Vorfinanzierungen bereits gestellt. Dass die COVID-19-Pandemie aufwandmässig nicht so zu Buche schlägt wie budgetiert, nehmen wir ebenfalls erfreut zur Kenntnis.

Nun kommen jedoch die Punkte aus eben diesem Speichern-unter: Zum ersten, das Nichtausschöpfen der budgetierten Investitionen. Kollege Hohl hat auch bereits darauf hingewiesen. Auch wenn gemäss Aufstellung auf Seite 92 der Jahresrechnung zu Recht beschrieben wird, dass diejenigen Investitionen unter der Kontogruppe 56, das sind eigene Investitionsbeiträge des Kantons, von Dritten wie beispielsweise Gemeinden abhängig sind, liegt diese Abweichung mit minus 17,2 Prozent sogar noch tiefer als die Gesamtabweichung von fast 20 Prozent der nicht investierten Ausgaben.

Die Begründungen zu diesen Abweichungen sind auf den Seiten 92 bis 95 aufgeführt. Im Resultat führen solche leider nicht ausgeführten Investitionen eben auch zu weniger Abschreibungen, welche dann wiederum zu einem positiven Budgetabweichen in der Erfolgsrechnung führen. Es ist einfach schade, und Kollege Hohl hat auch darauf hingewiesen, gerade in den positiven Rechnungsjahren diese Investitionen nicht auszuführen. Umso mehr sich dies ja, und da wären wir wieder beim Speichern-unter, jedes Jahr so präsentiert und die nicht getätigten Nettoinvestitionen ja nicht transferiert werden können. So gesehen ist somit auch der finanzpolitische Richtwert 2, in Anführungszeichen, leider nicht ausgeschöpft worden. Zum zweiten, nämlich zu der längst überfällig gewordenen Steuersenkung, hat mein Fraktionskollege Stocker bereits ausführlich gesprochen. Für unsere Fraktion ist klar, wir müssen nun endlich die Einwohnerinnen und Einwohner, unsere Steuerzahler entlasten.

Den Art. 6 des Finanzhaushaltsgesetzes hat ebenfalls mein Kollege Stocker bereits zitiert mit der mittelfristig ausgeglichenen Erfolgsrechnung. Also eine ausgeglichene Rechnung habe ich unter Speichern-unter auch nicht gefunden. Das von unserem Landespräsidenten in seiner Eröffnungsrede zu Recht erwähnte wichtige Vertrauen wird meines Erachtens nicht gestärkt, wenn immer solche Abweichungen, über die wir zwar im Ergebnis froh sind, aber eben Abweichungen bleiben, kommentiert

werden müssen. Die Abweichungen im Rechnungsjahr 2022, vielleicht ist das ein Zeichen, übrigens ist das die grösste Abweichung seit 2003, seit 20 Jahren, Kollege Stocker hat die Grafik erwähnt auf Seite 66. Und zum Schluss noch an Kollege Hohl, also unsere Partei ist bei Steuersenkungen dabei, ich weiss nur nicht, ob dies dann für eine Mehrheit reicht. Aber das Votum von Kollege Bettinaglio stimmt mich mindestens leicht zuversichtlich. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Baselgia: Nachdem Grossrat Hohl vom Donner und Gezeter der Ratslinken gesprochen hat, erlaube ich mir zwei Worte zu seinem Donner und Gezeter anzufügen. Wir sind nicht gegen Steuersenkungen, Herr Hohl. Und dabei bleiben wir auch. Wir müssen sie einfach am richtigen Ort respektive auf die richtige Art und Weise machen. Und wenn dann Grossrat Stocker davon spricht, dass Steuersenkungen a priori nur Steuerfussenkungen sein können, dann sehen wir das anders. Es gibt andere Möglichkeiten, Steuern zu senken. Wir sind der Meinung, dass erhöhte Abzüge bei den Steuern für die bedürftigeren Personen oder Familien besser wären. Wir müssen jenen Personen, die darauf angewiesen sind, Steuererleichterungen gewähren, denn sie sind diejenigen, die jeden gesparten Steuerfranken wieder zurückgeben ins System und damit auch das System Wirtschaft Graubünden am Laufen halten. Es geht einfach darum, die Kaufkraft der Leute zu stärken, die darauf angewiesen sind. Wenn dann Grossrat Hohl sagt, dass dank Steuererleichterungen mehr Zweitwohnungsbesitzende in den Kanton kommen, dann ist das wahrscheinlich richtig, und dann kann das auch gut sein.

Ich sage Ihnen einfach, die Zuwanderung der meist nicht mehr ganz jungen Personen stellt den Kanton vor grosse Herausforderungen. Und ich vermute mal fast, die Regierung ist erschrocken, ich nehme an, sie hat Kenntnis genommen von den Zahlen des Bundes zur Entwicklung der Demographie in unserem Kanton. Die ist noch viel schwieriger als in allen anderen Kantonen. Hier werden wir Hausaufgaben haben, die wir erledigen müssen. Und ein bisschen Geld braucht es dafür. Grossrat Bettinaglio hat gesagt, wir müssen Defizite machen. Da sind wir ganz bei Ihnen. Damit wir Defizite machen können, müssen wir aber dringend unsere eigenen Richtwerte anpassen. Und wir haben bald Gelegenheit dazu. Um den grossen Speckgürtel, den wir haben, ein bisschen abzuspecken, hätten wir auch noch einen konstruktiven Vorschlag: Wir haben ein Riesenproblem in unserem Kanton mit dem Wohnraum für Erstwohnende, und das ist in allen Fraktionen, in allen Parteien erkannt. Wir schlagen Ihnen vor, einen Wohnraum-Fonds zu machen, damit wir wirksam Wohnraum, Erstwohnraum im Kanton Graubünden fördern können.

Kappeler: Kollege Dürler, ich kann leider nicht die Speichern-unter-Taste drücken, denn bei uns gibt es diesen Speicher noch nicht. Aber es wurde ja schon sehr viel gesagt zum Thema. Und in Anbetracht der Zeit, ich sehe, der Landesvizepräsident schaut ungeduldig auf die Uhr, halte ich mich an zwei Elemente, die ich erwähnen möchte: Selbstverständlich nehmen auch wir vom positiven Ergebnis Kenntnis und danken der Regierung und

der Verwaltung für die wirklich sehr gut geleistete Arbeit in den letzten Jahren. Auch wir haben mit Freude das frei verfügbare Eigenkapital von 735 Millionen Franken zur Kenntnis genommen. Für uns, und das mag Sie nun erstaunen, Kollege Hohl, wenn Sie, Kollege Hohl, hören Sie mir bitte zu, Kollege Hohl, hören Sie mir bitte zu. Ja, vielen Dank. Ich möchte einfach vermeiden, dass nicht Missverständnisse entstehen. Also, mit diesen 735 Millionen Franken frei verfügbarem Eigenkapital, auch wir sind davon begeistert. Auch wir, ist vielleicht nicht Ihre Annahme, aber wir haben ja Ihren Auftrag unterstützt damals, und wir sind, doch, wir haben den unterstützt. Und wir sind natürlich auch frei, ja, Sie sind Skeptiker, denken Sie etwas positiv, Kollege Hohl, und wir sind auch offen für weitere Entlastungen. Das sei mal gesagt. Aber was wir natürlich wollen, ist ganz klar ein Engagement auch ins Generationenprojekt, beispielsweise Green Deal. Das ist nun mal einfach eine riesen Kiste.

Nun, zum Richtwert 3 erlaube ich mir noch eine Bemerkung zur Staatsquote. Es ist etwas verführerisch erwähnt im Bericht, dass die Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 220 Millionen Franken abgenommen haben, respektive zehn oder zwölf Prozent indexiert. Und selbst beim Zweijahresdurchschnitt haben wir noch ein Minus von einem Prozent und der Richtwert ist ja dann plus ein Prozent. Und diese guten Ergebnisse verleiten, denke ich schon, denken wir, zu Bequemlichkeit. Und das widerspiegelt sich auch in den Ergebnissen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, welche die Regierung und die Verwaltung durchgeführt haben. In dieser ganzen Liste von über 100 Massnahmen finden wir keine einzige relevante Massnahme zum Leistungsabbau oder Leistungsverzicht. Und es ist ganz klar, wir hier drin, wir fordern stets neue Leistungen, neue Aufgaben vom Staat. Aber demzufolge ist es natürlich nur folgerichtig, dass man überholte Leistungen abschafft. Und ich glaube, da müssen wir in Zukunft wirklich den Fokus darauf setzen. Dann können wir uns noch sehr viel leisten, auch bezüglich Entlastung. Selbstverständlich ist bei uns, bei der GLP, Eintreten unbestritten.

Standesvizepräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Ist nicht der Fall. Dann gebe ich Regierungsrat Bühler das Wort.

Regierungsrat Bühler: Vielen Dank, dass ich das Wort erhalte, noch bis zum Schluss wahrscheinlich. Es freut mich, mit Ihnen die Jahresrechnung 2022 zu beraten und dabei die Kernpunkte, und viele wurden ja hervorgehoben, unterschiedlich interpretiert, noch einmal aus der Sicht der Regierung zu beleuchten. Es handelt sich um die zweite Rechnung innerhalb der laufenden Finanzplanperiode 2021 bis 2024 und entlang dieser Perioden sind ja auch die Richtwerte festgelegt. Das wurde angesprochen. Es ist zugleich die erste Rechnung, die ich Ihnen präsentieren darf. Es ist aber die Rechnung meines Vorgängers Christian Rathgeb und der Vorgänger-Regierung und somit sind die ganzen Lorbeeren oder auch die Verweise, die Komplimente an die drei, die hier sind, gerichtet und die zwei, die nicht mehr hier sind.

Ich verzichte darauf, über die einzelnen Positionen des Abschlusses noch einmal vertieft Ausführung zu machen, möchte aber einen Vergleich der jetzigen Rechnung ein bisschen mit anderen Kantonen, auch über die Zeitachse, machen, damit wir das eine oder andere einordnen können. Und vor allem dann auch ein bisschen die Zukunft beleuchten. Vielleicht reicht ja nächstes Jahr Copy-Paste noch einmal, aber dann vielleicht auch nicht mehr.

Wie kommen die eindrücklich hohen Ertragsüberschüsse zustande und wie sind sie zu beurteilen? So erstaunlich die Ergebnisse auch sein mögen, oder gewisse sagen, sie sind nicht erstaunlich, stellen sie im interkantonalen Vergleich keinen Sonderfall dar. Im Total weisen die 26 Kantone im operativen Ergebnis einen Ertragsüberschuss von knapp fünf Milliarden Franken aus, nur ein Kanton weist keinen Gewinn aus. Bei einer gleichmässigen Verteilung dieser Summe nach der Bevölkerungszahl würden rund 120 Millionen Franken auf den Kanton Graubünden entfallen. Die Nettoinvestitionen belaufen sich im Total auf 4,8 Milliarden Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen beträgt im Durchschnitt aller Kantone 192,8 Prozent. Jener von Graubünden beträgt 213,3 Prozent, das wurde gesagt, und liegt damit sehr nahe beim Kantonsmittel.

Budgetiert hatten die Kantone im Total ein Minus von rund 800 Millionen Franken. Die guten Abschlüsse sind durchwegs darauf zurückzuführen, dass die Kantone einerseits hohe Erträge vereinnahmen konnten und andererseits weniger ausgeben mussten als erwartet und die Schweizerische Nationalbank hat insgesamt vier Milliarden Franken ausgeschüttet und sonst sähen die Ergebnisse auch ein bisschen anders aus.

Beachten wir nun die Schlüsselgrössen unseres Bündner Staatshaushalts 2022: Wir befinden uns in einem wirtschaftlich günstigen Umfeld. Die für 2022 ausgewiesenen Steuererträge, das wurde jetzt oft gesagt, aber basieren grösstenteils auf der Bemessungsgrundlage des Jahres 2021 und damit des zweiten Corona-Jahres. Wir dürfen heute erfreut feststellen, dass die Bündner Wirtschaft und Bevölkerung die Corona-Pandemie wirtschaftlich erstaunlich gut überstanden haben. Die Kantonssteuererträge 2022 haben gegenüber dem Vorjahr um 90,6 Millionen Franken zugenommen und dabei das Budget um gar 95,5 Millionen Franken übertroffen.

Die grosse Abweichung ist beinahe zur Hälfte allein auf die Grundstückgewinnsteuern zurückzuführen. Diese haben im 2022 ein rekordhohes Volumen von gut 84 Millionen Franken erreicht und den Budgetwert um beinahe 100 Prozent übertroffen. Der langjährige Durchschnitt liegt bei 40 Millionen Franken. Die GPK hat es auch angemerkt in ihrem Bericht. Wir können mit diesen Erträgen nicht auf die Länge rechnen.

Ich möchte jetzt nicht mehr auf weitere Punkte eingehen, sie wurden ausgeführt. Einfach zur Staatsquote, das wollte ich schon noch ausführen. Die rückläufige Entwicklung der Ausgabenseite, die spiegelt sich direkt an der kantonalen Staatsquote wider. Diese Kennzahl hat sich von 15,1 Prozent im 2021 auf 12,8 Prozent im 2022 reduziert und sie ist damit unter das Niveau vor der Corona-Zeit gefallen. Also, es ist nicht das dazwischen,

was es ausmacht, sondern es ist auch tiefer als zuvor, was ja gut ist.

Dann noch vielleicht ein Blick in die Zukunft aufgrund der Zeit und deshalb ein bisschen die Einordnung aller der Voten, die wir jetzt gehört haben. So erfreulich die Ergebnisse 2022 auch sind, und das wurde auch gesagt, wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Die Jahresrechnung ist Geschichtsschreibung. Grossrat Dürler hat gesagt, sich wiederholende Geschichtsschreibung, 2016 war es aber anders. Wir müssen aber nach vorne schauen. Das rekordhohe Jahresergebnis 2022 und die Aussichten für das Rechnungsjahr 2023 sind erfreulich. Wir sind im 2023 budgetmässig in etwa gleich gestartet wie im Vorjahr. Es wird aber teilweise deutlich Abweichungen gegenüber der Vorjahresrechnung geben. Die Gewinnausschüttung der Nationalbank ist, wie erwähnt, vollständig ausgefallen, was gegenüber dem Vorjahr einen Taucher um über 90 Millionen Franken bringen wird. Bei den Steuererträgen rechnen wir, gestützt auf die aktuellsten Auswertungen der Steuerverwaltung, mit einem leichten Anstieg von total rund zwei Prozent. Die Grundstückgewinnsteuern dürften wieder ein hohes Niveau in der Grössenordnung von 80 Millionen Franken erreichen.

Bei den IPV, also den Prämienverbilligungsbeiträgen, müssen wir hingegen mit einem satten Anstieg rechnen. Zudem dürfte die Strassenrechnung zwar wieder deutlich besser ausfallen als im Budget, aber es wird keinen Vermögensabbau geben. Vermutlich wird aber doch etwas von geplanten allgemeinen Staatsmitteln gebraucht. Auch bei der Investitionsrechnung wird ein gegenüber dem Vorjahr kräftiger Anstieg der Nettoinvestitionen erwartet. Wir haben inzwischen die Hälfte des laufenden Jahres hinter uns. Es ist an sich noch zu früh für eine Prognose über das Ergebnis 2023. Doch ausgehend von der guten Rechnung 2022 und gestützt auf die bekannten und sich abzeichnenden Abweichungen von der Vorjahresrechnung dürfte auch das Jahr 2023 klar im Plus abschliessen, keine dunklen Wolken, kurzfristig auf jeden Fall. Grob hochgerechnet schätzen wir das operative Ergebnis mit einem Plus zwischen 50 und 100 Millionen Franken. Und mit dieser sehr frühen Schätzung des mutmasslichen Rechnungsergebnisses möchten wir bewusst ein positives Zeichen setzen.

Wir können im laufenden Jahr 2023 den Ausfall des Nationalbankgewinns gut verkraften. Keinerlei Anhaltspunkte haben wir über das ausserordentliche Ergebnis. Darüber werden vor allem die Finanzmärkte entscheiden und die sind bekanntlich unberechenbar. Und jetzt, für die Jahre ab 2024 ist mit einem enger werdenden Finanzrahmen zu rechnen. Der bisher sehr positive Trend der Haushaltsergebnisse wird sich offensichtlich nicht fortsetzen. Auf der Einnahmeseite müssen wir mit Rückgängen rechnen. Ein regelrechter Einbruch wird uns der nationale Ressourcenausgleich bringen. Im Mai haben alle Kantone die neuesten Prognosen bis 2029 erhalten. Ausgehend von 130 Millionen Franken für das laufende Jahr 2023 zeigt sich für Graubünden ein Taucher bis auf das Niveau von 40 Millionen Franken im 2026 und anschliessend nur leichte jährliche Zunahmen bis zum Niveau von 52 Millionen Franken im 2029. Das ist anders als zuvor. Der Taucher ist massiv und grösser als

angenommen und die erwartete kräftige Erholung in den Folgejahren, die bleibt aus.

Diese Erosion hat drei völlig verschiedene Ursachen: Die für die Jahre 2021 bis 2025 befristeten Abfederungsmassnahmen werden auslaufen. Dies allein macht relativ wenig aus. Im laufenden Jahr 2023 erhalten wir 6,3 Millionen Franken, im 2024 einen Anteil von 5 Millionen Franken und im 2025 noch 3,4 Millionen Franken. Entscheidend ist der Ressourcenausgleich im engeren Sinne. Massgebend sind jeweils drei Bemessungsjahre, die weit in der Vergangenheit liegen. Für den Ressourcenausgleich 2024 relevant sind die Steuerjahre 2018, 2019 und 2020. Im 2024 sind dabei erstmals die Auswirkungen der im 2020 erfolgten Umsetzung der STAF-Reform erkenn- und spürbar. Für 2020 liegen erstmals effektive Werte vor. Es ist das Startjahr für eine neue Ära. Bislang gab es dafür ausschliesslich vage Prognosewerte. Es waren quasi Blackbox-Werte. Dieses Jahr bringt nun wesentliche Klarheit und lässt auch Auswertungen über das Steuerjahr 2020 hinaus zu. Im und ab dem Steuerjahr 2020 werden die steuerbaren Gewinne der juristischen Personen gegenüber den steuerbaren Einkommen der natürlichen Personen nur noch zu einem Drittel berücksichtigt. Dies erhöht das Gewicht der natürlichen Personen entsprechend.

Graubünden hat den zweithöchsten Anteil an Steuern der natürlichen Personen, was die ausgewiesene Ressourcenkraft von Graubünden im interkantonalen Vergleich entsprechend erhöht. Zudem hat Graubünden in den letzten Jahren, insbesondere in den Corona-Jahren, ein überdurchschnittlich starkes Wachstum der steuerbaren Einkommen pro Kopf erfahren. So sind die steuerbaren Einkommen der natürlichen Personen im 2020 trotz Ausbruch der Corona-Pandemie um 1,7 Prozent gewachsen, während sie im Durchschnitt aller Kantone um 1 Prozent gesunken sind. Graubünden gewinnt deutlich an Ressourcenstärke gegenüber bisher. Allein dieses zusätzliche Jahr 2020 als Ersatz für das weggefallene Jahr 2017 bei der dreijährigen Bemessungsgrundlage erhöht die Ressourcenstärke von Graubünden, ausgehend von 83,2 Punkten, um 3,3 Indexpunkte. Und dies wiederum hat unmittelbare Auswirkungen auf die Ausgleichssumme. Ich weiss, anstrengend, aber wir müssen, wenn wir darüber reden, genau sein, meiner Meinung nach.

Der Indexanstieg beschert uns einen Rückgang um 35 Millionen Franken. Bislang lag der Ressourcenindex für Graubünden bei durchschnittlich 83 Punkten bei einem Durchschnitt aller Kantone von 100 Punkten. Dieser Index steigt innerhalb der nächsten 3 Jahre schrittweise auf knapp 92 Punkte, d. h. um total 9 Indexpunkte. Diese machen ziemlich genau 90 Millionen Franken aus. Lange Rede kurzer Sinn: Wir sind stärker geworden und damit unabhängiger gegenüber dem Bund. Dies ist einerseits erfreulich und entspricht einem langfristig strategischen Ziel. Aber dann sind auch die effektiven kantonalen Steuererträge in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen. Die bittere Pille davon ist der erhebliche Ausfall an Ausgleichsmitteln. Der Ausfall erfolgt dabei mit starker zeitlicher Verzögerung. In den Jahren 2020 bis 2023 profitieren wir noch doppelt, d. h. von den hohen eigenen Steuererträgen und zugleich von den hohen Ausgleichszahlungen. Dieser Doppelleffekt

ist, neben der maximalen Gewinnausschüttung der SNB in den Jahren 2021 und 2022, der wichtigste Grund für die sehr guten Rechnungsergebnisse der letzten beiden Jahre. Der Doppeleffekt, gewissermassen der Fünfer und das Weggli, geht bis ins 2026 vollständig verloren. Sofern wir dann auch noch auf die SNB-Gewinne verzichten müssen, fehlen uns gegenüber den beiden Jahren allein durch diese zwei Quellen rund 180 Millionen Franken.

Prognosen zu stellen ist heikel, aber ich bin mir sicher, dass das Rekordergebnis 2022, und es war ja das beste seit immer, das wurde genügend ausgeführt, das Rekordergebnis bleiben wird vorerst. Nicht gesichert sind, wie erwähnt, die Gewinnausschüttungen der Nationalbank. Angesichts der ersten Quartalszahlen sowie der hohen Instabilität der Finanzmärkte und deren Auswirkungen auf die Jahresergebnisse der Nationalbank kann nicht mehr mit festen Einnahmen gerechnet werden. Und so muss auch das Budget ausgerichtet werden. Über diese Zeit hinaus beziehungsweise für die nächste Regierungsprogrammperiode 2025 bis 2028 sind weiterhin relativ kurzfristige totale Ausfälle in Budget und Rechnung durchaus möglich. Völlig unberechenbar sind zudem die Gewinnausschüttungen der Nationalbank ab 2027, die auf einer neu abzuschliessenden Vereinbarung beruhen werden.

Ich komme bald zum Schluss. Ergänzend dazu erhöht der Fachkräftemangel in Graubünden und der verstärkte Standortwettbewerb unter den Kantonen den Druck auf die Besteuerung. Aufgrund der aktuell sehr guten Finanz- und Vermögenslage erarbeiten wir, und wir haben es ja auch gehört, die Forderungen verschiedener Szenarien zur Entlastung des Steuerzahlenden. Im Hauptfokus steht der von Ihnen überwiesene Auftrag von Grossrat Hohl. Mittels gezielter Massnahmen sollen jährlich wiederkehrende Steuerentlastungen zugunsten der Familien und Fachkräfte ergriffen werden. Eine allfällige Senkung des Steuerfusses im Rahmen des Budgets 2024 ist ebenfalls Teil unserer Szenarien. Wir müssen proaktiv handeln. Wir müssen einen attraktiven Standort Graubünden, attraktive Arbeitsplätze bieten. Nichts tun, wird uns auch kosten.

Neben der Einnahmeseite ist auch die Ausgabenseite herausfordernd. Die Teuerung treibt überall. Auch die Beanspruchung der geplanten Kredite im Beitragsbereich wird sich bemerkbar machen. Die vom Grossen in der Dezembersession 2022 beschlossene Revision des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung wird den Kantonshaushalt um jährlich zehn Millionen Franken zusätzlich belasten. Bald sollten auch pflegende Angehörige für ihren Einsatz entschädigt werden. Die Finanzierung der zweiten Etappe des Aktionsplans Green Deal wird ebenfalls eine Herausforderung für den Kanton darstellen. Benötigt werden bis 2050 im Durchschnitt pro Jahr rund 40 Millionen Franken, dies möglichst ohne zusätzliche Abgaben und Steuern. Es mangelt

nicht an Herausforderungen. Für die kommenden Jahre bin ich vorsichtig optimistisch. Mit realitätsnäheren Budgets, einer erhöhten Haushaltsdisziplin und einem gezielten Einsatz von Teilen des frei verfügbaren Eigenkapitals sollten die finanzpolitischen Richtwerte eingehalten werden können. Die Ausgangslage ist gut, um die Herausforderungen zu meistern. Setzen wir diese Situation nicht aufs Spiel. Eine möglichst hohe Konstanz bei den Ausgaben dient der Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit der Finanzpolitik. Danke für die Geduld. Gerade der Teil mit dem Finanzausgleich war mir sehr wichtig und auch dieser Ausblick. Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Standesvizepräsident, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, auf die Jahresrechnung 2022 einzutreten und die Ihnen unterbreiteten Anträge zu genehmigen.

Standesvizepräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist und somit beschlossen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standesvizepräsident Caluori: Ich möchte Sie jetzt noch orientieren. Es ist heute eine dringliche Anfrage der SVP betreffend Vernehmlassung kantonaler Richtplan Energie eingegangen. Diese Anfrage wird morgen früh um 8.15 Uhr hier im Rat behandelt, betreffend Dringlichkeit. Nun schliesse ich die Sitzung. Das Parlament en mouvement hat auf dem Programm 18.00 Uhr, Treffpunkt vor dem Sportzentrum bei der Arena Klosters. Ich denke, das sind alles Sportler. Dies sollten Sie schaffen. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 17.40 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

- Dringliche Fraktionsanfrage SVP betreffend Vernehmlassung kantonaler Richtplan Energie (Erstunterzeichner Grass)

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Tazisius Caviezel

Der Protokollführer: Patrick Barandun